



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

**IMPULSPAPIER**

# **ALLIANZEN FÜR DEMOKRATIE**

**Libérale Ansätze für den neuen  
Systemwettbewerb**

**ANALYSE**

# Impressum

## Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman-Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐/freiheit.org

📘/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

📷/stiftungfuerdiefreiheit

## Autorinnen und Autoren

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger  
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué  
Michael Link MdB  
Johannes Vogel MdB  
Dr. Christopher Gohl  
Dr. Michaela Lissowsky  
Sven Hilgers  
Ann Cathrin Riedel  
Theresa Caroline Winter

## Redaktion

Fachbereich Wissenschaft  
und politische Strategie  
Abteilung Globale Themen

## Kontakt

Telefon +49 30 220126-34  
Telefax +49 30 690881-02  
E-Mail [service@freiheit.org](mailto:service@freiheit.org)

## Stand

Juni 2022

## Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

## Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

# Inhalt

VORWORT .....	4
1. EINLEITUNG .....	5
2. EINE GLOBALE DEMOKRATISCHE ALLIANZ .....	6
3. MENSCHENRECHTE ALS FUNDAMENT LIBERALER DEMOKRATIEN .....	8
4. REGELN STATT MACHT – GLOBALISIERUNG IM SYSTEMWETTBEWERB.....	11
5. INTERNET GOVERNANCE – GRUNDLAGE UNSERER DEMOKRATIEN IM DIGITALEN ZEITALTER .....	14
6. NAIVITÄT ABLEGEN – LIBERALE DEMOKRATIEN VERTEIDIGEN.....	16
7. TRANSATLANTISCHER EINSATZ FÜR LIBERALE DEMOKRATIE .....	18
8. EPILOG: DEMOKRATIE IST EINE HAUSAUFGABE .....	20
LITERATUR .....	22
AUTORINNEN- UND AUTORENVERZEICHNIS.....	23

# Vorwort

## *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger & Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué*

Die liberale Weltordnung ist gefährdet. Ihre wichtigsten Anker, Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie, geraten in die Defensive. Die Anzahl der Demokratien geht seit 2010 weltweit zurück. Parallel nehmen die Angriffe von autokratischen Regierungen auf demokratische Länder und ihre Werte stetig zu. Mehr noch: Lebendige und prosperierende Demokratien werden von autoritären Herrschern zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Dies gilt vor allem dann, wenn sie benachbart sind. Versuche der Destabilisierung durch Desinformation sowie militärischen und nicht-militärischen Druck gehören inzwischen zur politischen Alltagsrealität in Demokratien. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist eine weitere dramatische Stufe der Eskalation im Systemwettbewerb zwischen liberaler Demokratie und autoritären Regimen. Die Welt – das wird uns zunehmend bewusster – ist nicht mehr sicher für Demokratien.

Wir beobachten diese Entwicklungen in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit großer und weiter zunehmender Sorge. Wir sehen, wie sich die Handlungsräume unserer weltweiten Büros und unserer zivilgesellschaftlichen Partner verengen. Trotz dieser „shrinking spaces“ bleibt der Einsatz für Freiheit in allen Teilen der Welt unverändert der wichtigste Auftrag für eine liberale politische Stiftung. Es reicht längst nicht mehr aus, in den Ländern und Regionen selbst die Demokratie und die Menschenrechte zu unterstützen. Die Bedrohung für Demokratie ist global geworden. Sie erfordert deshalb auch globale Strategien.

Ein wichtiger Ansatz ist eine intensivere Zusammenarbeit von Demokratien, wie sie beispielsweise die Regierung des US-Präsidenten Joe Biden mit dem „Summit for Democracies“ im Dezember 2021 initiierte und wie sie die deutsche Bundesregierung für den G7 Gipfel Ende Juni 2022 auf den Weg bringt.

In diesem Impulspapier haben liberale Stimmen ihre Ideen für Allianzen zur Stärkung der Demokratie weltweit aufgeschrieben. In zentralen Themen wie den Menschenrechten, der Digitalisierung, der Wirtschafts- und Handelspolitik sowie der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gibt es Anknüpfungspunkte für eine engere Kooperation demokratischer Staaten. Wie diese Kooperation themenübergreifend aussehen kann und warum wir auch die Demokratie im inneren schützen müssen, ist genauso Bestandteil dieser Sammlung von Aufsätzen wie ein Blick auf die transatlantische Zusammenarbeit als Nukleus vertiefter demokratischer Kooperation.

Die Herausforderungen für den internationalen Liberalismus könnten kaum größer sein. Aber der weltweite Einsatz für Freiheit und Demokratie ist es wert, die Herausforderungen anzunehmen und aktiv zu werden. Wie schnell die autoritäre Bedrohung auch unsere offene Gesellschaft aus den Fugen wirft, zeigt der Angriff Russlands auf die Ukraine. Nur gemeinsam können liberale Demokratien dafür sorgen, dass die Verteidiger der Freiheit stärker sind als ihre Feinde. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit möchte zu diesem Ziel beitragen.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und freuen uns auf den Austausch mit Ihnen über die Stärkung von Demokratie und Freiheit weltweit.

# 1. Einleitung

Das Modell der liberalen Demokratie steht weltweit unter Druck – autoritäre Modelle, teilweise mit totalitären Tendenzen finden wachsende Unterstützung und treten zunehmend aggressiver auf. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und offene Gesellschaften sind vielerorts in Gefahr. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Schulterchluss zwischen Xi Jinping und Putin hat der Systemwettbewerb eine neue Eskalationsstufe erreicht. Um dieser Herausforderung zu begegnen, braucht es Allianzen und neue Formen der Kooperation zwischen liberalen Demokratien, in denen Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtsarbeit genauso im Fokus steht wie demokratische Resilienz im wirtschaftlichen, digitalen und militärischen Bereich.

Demokratischen Staaten tragen eine globale Verantwortung: Sie können und sollten zeigen, dass Demokratien die Aufgaben, vor denen Staaten und Gesellschaften heute weltweit stehen, besser lösen können als autoritäre Regime. Sie können zeigen, dass Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte nachhaltigem Wohlstand und Sicherheit für alle Bürger nicht entgegenstehen, sondern diese ganz im Gegenteil fördern. Damit können sie Menschen auf der ganzen Welt Hoffnung geben, ohne ihnen damit bestimmte Institutionen und Wertesysteme überzustülpen. Sie können demonstrieren, dass kurzfristige wirtschaftliche Interessen nicht über dem Schutz von Menschenrechten stehen, dass sie also nicht aus Rücksicht auf autoritäre und totalitäre Staaten zu den massiven Menschenrechtsverletzungen und dem Fehlen demokratischer Institutionen dort schweigen. Sie können zeigen, dass regelbasierte Wirtschaftsbeziehungen gleichzeitig produktiv und im Sinne aller sind.

Doch dazu ist es notwendig, dass die Demokratien zu wichtigen Problemen gemeinsame Antworten finden. Die Zukunft der Demokratie braucht eine Gruppe Gleichgesinnter, die sich als Fürsprecher für demokratische Systeme und demokratische Kernelemente einsetzen. Welche Formate zu diesem Zweck am besten geeignet sind, wird die Zukunft zeigen. Klar ist: Die demokratische Gruppe Gleichgesinnter kann nur im Rahmen eines Dialogs agieren und basierend auf demokratischen Standards andere Länder zum Austausch einladen. Es ist denkbar und wünschenswert, dass sich zu den verschiedenen Problemfeldern jeweils größere Allianzen finden.

Natürlich wird es bei vielen Fragen auch zwischen demokratischen Staaten gravierende Unterschiede in der Problemwahrnehmung und in den politischen Lösungskonzepten und Zielen geben. Die Demokratien sollten sich in der aktuellen Situation auf das Gemeinsame, Einende konzentrieren und hier versuchen, Fortschritte zu erzielen und mit einer Stimme zu sprechen. Unabhängig davon, ob sich eine Liga oder Allianz der Demokratien, eine D10-Gruppe oder andere Bündnisse herausbilden, ist es aus unserer Sicht wichtig, Politikfelder zu identifizieren, die für den Fortbestand und die Weiterent-

wicklung des rechtsstaatlichen und demokratischen Gesellschaftsentwurfs von besonderer Bedeutung sind und liberale Ideen dazu zu formulieren und zu diskutieren.

Der neue Systemwettbewerb zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimen im 21. Jahrhundert unterscheidet sich maßgeblich vom Kalten Krieg im 20. Jahrhundert. Das beginnt mit der engeren wirtschaftlichen Verflechtung der gegenüberstehenden „Blöcke“, etablierter Zusammenarbeit in verschiedenen Formen und an großen, globalen Themen aber vor allem die Tatsache, dass sich keine geschlossenen Blöcke gegenüberstehen, sondern lose Zusammenschlüsse und wechselnde Allianzen. Bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung gab es autoritäre Staaten, die der Verurteilung des russischen Angriffskrieges zugestimmt haben und Demokratien, die sich enthalten haben. Die verschiedenen Abhängigkeiten sorgen dafür, dass manche Demokratie zögert autoritäre Staaten zu verärgern und selbst die Megadiktatur China sich gezwungen sieht manche Sanktionen der G7 mitumzusetzen. Letzteres ist auch das Ergebnis eines entschlossenen Vorgehens des globalen Westens. Es zeigt, was Demokratien erreichen können, wenn sie sich gegenseitig unterstützen und der russische Angriffskrieg zeigt, welche Gefahren drohen, wenn sie es nicht tun.

In diesem Impulspapier möchte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Ideen zur vertieften Zusammenarbeit von liberalen Demokratien entwickeln. Vier ausgewählte Politikfelder sollen dabei im Mittelpunkt stehen: Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Globalisierung und die Zukunft wirtschaftlicher Kooperation, Desinformation und Cyberangriffe sowie Sicherheit und Abschreckung. Diese werden ergänzt um Gastbeiträge zu den übergeordneten Themen demokratische Allianzen, die transatlantischen Beziehungen als Kern demokratischer Kooperation und der Schutz der Demokratien gegenüber inneren Bedrohungen. Dabei hat dieses nicht den Anspruch abschließende Antworten zu bieten, sondern möchte Debattenanstöße für den liberalen Internationalismus in einer Zeit geben, die stärker von geopolitischen Herausforderungen und einem neuen Systemwettbewerb geprägt ist. Im Kern besteht die Antwort des liberalen Internationalismus aus einer engeren Kooperation liberaler Demokratien. Unsere Autorinnen und Autoren plädieren aber nicht für eine Politik der Abschottung oder das Ende jeglichen Austausches mit Autokratien. Bei vielen Zukunftsaufgaben wie dem Klima- und Umweltschutz braucht es sogar eine engere Abstimmung mit Ländern wie der Volksrepublik China. Die Gefahr einer Blockbildung, die immer mit der Formation von Allianzen einhergeht, ist nichts, was sich Liberale wünschen oder leichtfertig in Kauf nehmen. Es ist heute aber leider eine geopolitische Notwendigkeit neue Bündnisse zu schmieden, um aggressiven Autokratien entschieden entgegenzutreten und die Welt sicher für Demokratien zu machen.

## 2. Eine globale demokratische Allianz

### Johannes Vogel MdB

Eine Diskussionsrunde in Berlin: Deutsche und Amerikaner sitzen zusammen, das Thema ist China. Ein Teilnehmer beschreibt die Gemeinsamkeiten marktwirtschaftlicher Demokratien im Gegensatz zu China und setzt an mit „Der Westen ...“, stockt, setzt neu an: „Ah nein, der Westen trifft es hier nicht – denn das gilt ja auch für Japan, Australien, Neuseeland und andere.“ Die Anekdote zeigt: Der Westen muss heute größer, also global gedacht werden. Organisatorisch ist er aber in sein nordatlantisches Korsett eingesperrt. Das müssen wir dringend ändern.

Denn dieser globale Westen steht unter Druck. Von außen ohnehin, das personifizieren Wladimir Putin und Xi Jinping, die offen als sein Gegenspieler auftreten. Wladimir Putin zeigt dies auf schrecklichste Art und Weise: mit einem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Gegen ein Land, das sich „dem Westen“ angenähert hat, weiter annähern will und europäisch denkt. Dieser Krieg muss enden – Russland muss diesen Krieg verlieren und die Ukraine den Kampf um ihre territoriale Integrität gewinnen. Daher ist es gut, dass die Bundesregierung nun auch schwere Waffen liefert. Die Freien Demokraten haben hier mit ihrer entschiedenen Haltung, ihrem beharrlichen Drängen in der Bundesregierung und einem Parteitagsantrag als Blaupause der gemeinsamen Entscheidung von SPD, Grünen, FDP und Union einen entscheidenden Beitrag geleistet. Akute Nothilfe für ein Land, das auch unsere Werte verteidigt, kann aber langfristige strategische Überlegungen nicht ersetzen. Präziser: Nur wenn sich der Westen langfristig strategisch neu konstituiert, wird er künftig überhaupt noch in der Lage sein, in dieser Weise entschlossen zu handeln.

Aber auch von innen ist der globale Westen (zwischenzeitlich) unter Druck geraten: Der ehemalige amerikanische Präsident Donald Trump, qua Amt eigentlich der Anführer der freien Welt, fiel in dieser Rolle nicht nur aus, er gerierte sich als eine Art Abrissbirne eines Westens, so wie wir ihn kennen und schätzen. Donald Trump stellt westliche Werte offen in Frage, wettet gegen Multilateralismus sowie Freihandel und hat die NATO als „obsolet“ bezeichnet. Und niemand kann mit Gewissheit sagen, dass es zu keiner Neuauflage dieser destruktiven Politik kommen wird, die für uns Europäer eine existenzielle Bedrohung bedeuten würde. Zugleich gibt es in Europa rechte und linke Populisten, die nicht nur die Europäische Union ablehnen, sondern auch antiamerikanische Stimmungen befeuern.

Was tun? Die historischen Errungenschaften des Westens öffentlich zu preisen, ist bei Weitem nicht genug. Wir „Westler“ müssen lauter werden und deutlich sagen, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Dazu gehört auch, sich einzugestehen, dass die gewachsenen Organisationen nicht mehr ausreichen. Wir haben uns beinahe daran gewöhnt, dass internationale Organisationen und der Multilateralismus in Verruf geraten sind – von der NATO über die EU bis hin zur WTO und den Vereinten

Nationen. Das ist grundfalsch. Tatsächlich gibt es allerdings eine offensichtliche organisatorische Leerstelle bei der zweiten Phase der Globalisierung: dem neuen Systemwettbewerb mit China und anderen Autokraten wie Putin, der nicht davor zurückschreckt, mit Panzern und Raketen Grenzen neu ziehen zu wollen. Deshalb brauchen wir für den neuen, globalen Westen auch eine neue, globale Organisation, in der alle Staaten zusammenstehen, die es mit der Unteilbarkeit der Freiheit wirklich ernst meinen. Nicht Erdteil und Himmelsrichtung dürfen über die Mitgliedschaft entscheiden, sondern das Entstehen für freiheitliche Werte.

Die „strategic thinking pause“ zum Systemwettbewerb mit Xi Jinpings China habe gerade erst begonnen, so formuliert es der Harvard-Historiker Graham Allison in Anlehnung an das strategische Innehalten des Westens zu Beginn des Kalten Krieges, das auf das berühmte „long telegram“ des amerikanischen Diplomaten und Russlandexperten George Kennan folgte. Diese Selbstreflexion trifft heute zusammen mit einer Sinnkrise der westlichen Institutionen. Insofern kann man Präsident Macrons drastischem Verdikt über die „hirntote“ NATO, von der Geschichte seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs ohnehin ebenso eindrucksvoll wie leidvoll widerlegt, vielleicht doch etwas abgewinnen: 73 Jahre nach der Gründung des Nordatlantikkpakt muss ein Reflexionsprozess einsetzen. Wann, wenn nicht jetzt, müssen gerade auch wir Europäer diese Fragen selbstkritisch diskutieren?

Der neue Systemwettbewerb mit China geht die Europäer nicht weniger an als die Amerikaner. Und genau hier müssen wir eben größer denken. China setzt alles daran, zum geopolitischen Taktgeber im 21. Jahrhundert zu werden. Und über die „Neue Seidenstraße“, Chinas gigantisches globales Infrastrukturprojekt, wandert nicht nur chinesisches Geld nach Zentralasien, Europa und Afrika, sondern auch Einfluss. Zwar ist entgegen manchem Pessimismus Chinas künftiger Weg offen – aber die Kommunistische Partei legt zunehmend Hand an die Räder der Welt. Diesem autokratischen Anspruch stehen die freien Demokratien auf der ganzen Welt gegenüber. Offen ist, ob sie dies gemeinsam und koordiniert tun.

So verschiedene und weit entfernte Länder wie Kanada und Südkorea, Estland und Japan, Australien und Portugal sind gleichgesinnte Länder. Die freie Welt erstreckt sich heute über alle Kontinente. Für diesen „globalen Westen“ aber gibt es noch kein Forum. Die Vereinten Nationen können es nicht sein, weil hier ja gerade alle Staaten zusammenkommen sollen. Um eben globale Menschheitsfragen anzugehen, den Klimawandel zum Beispiel.

Mein Vorschlag lautet daher: Wir sollten eine neue Organisation gründen, eine globale „Demokratische Allianz“. Ein Forum für all jene, die wirtschaftliche und politische Freiheit für untrennbar halten. Mit den Beitrittsvoraussetzungen zur EU, den

Kopenhagener Kriterien, hätten wir auch schon eine Blaupause für die Eintrittskarte: die Verpflichtung auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Demokratie. Das Ziel dieser neuen Institution, der „Demokratischen Allianz“, muss es sein, gegenüber den Systemkonkurrenten, allen voran China, mit einer Stimme zu sprechen – denn heute schon machen Australier Erfahrungen, die auch Europäern noch bevor stehen könnten, und umgekehrt.

Ein solches gemeinsames Haus ist unerlässlich, um im 21. Jahrhundert westlichen Werten ein sicheres Dach über dem Kopf zu geben. Und um zu verhindern, dass der politische Westen zum ideengeschichtlichen Anschauungsstück verkommt. In diese neue Struktur für die westliche Welt muss das, was an der alten gut und richtig war, überführt werden. Gleichzeitig machen wir uns mit dem Neuen stark für die große Auseinandersetzung, die in diesem Jahrhundert auf uns wartet: den Wettbewerb mit den erstarkenden Autokratien.

Für diesen Wettbewerb dürfen wir aber bei dieser Überlegung nicht stehen bleiben. Die großen geostrategischen und außenpolitischen Herausforderungen überwinden wir nicht nur mit einem neuen Zusammenschluss von marktwirtschaftlichen Demokratien. Wir müssen auch innerhalb der EU alte Verfahrenszöpfe abschneiden, sicherheitspolitisch endlich mehr Verantwortung übernehmen und endlich mehr Freihandel mit unseren Verbündeten wagen. Das bedeutet konkret zwei Dinge:

Erstens: Wer gehört werden will, der muss seiner Stimme Macht verleihen. Dafür muss Europa außen- und sicherheitspolitisch erwachsen werden. Das Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen in der Europäischen Union muss fallen. Eine schlüssige und robuste gemeinsame Sicherheitspolitik ist Voraussetzung, um gegenüber Xi Jinping und auch Wladimir Putin bestehen zu können. Das sollten wir spätestens aus dem europäischen Scheitern in Syrien gelernt haben, dass die Flucht von Millionen von Menschen zur Folge hatte – allerspätestens aber mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Denn gerade im Konflikt mit Putin zeigt sich gerade ganz aktuell, wie überlebenswichtig die NATO für uns ist und wie hoffnungslos rückständig und hilflos der mächtige Wirtschaftsraum Europa doch ist, wenn es darum geht, ohne Hilfe vor allem der USA sicherheitspolitisch zu überleben. Dieser enorme Reformbedarf eigener Verteidigungsfähigkeit wird angesichts eines existenziell bedrohlichen Zustands der Republikanischen Partei in den USA umso dringlicher.

Dazu gehört auch: Deutschland muss dauerhaft bereit sein, mehr Geld für sein Militär auszugeben. Selbst zarteste Hinweise, die Bundeswehr möge funktionsfähig ausgestattet sein, hatten in Deutschland aber bisher immer noch regelmäßig einen vulgärpazifistischen Ausdruck zur Folge. Und solange sich Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in Uniform, dem Grundgesetz und dem Parlament verpflichtet, in der Öffentlichkeit üble Sprüche gefallen lassen müssen, haben wir auch in unserem gesellschaftlichen Selbstverständnis einiges aufzuarbeiten.

Ein dauerhafter größerer deutscher Verteidigungsbeitrag ist jedoch zwingend notwendig. Mit dem von Bundesfinanzminister Christian Lindner entwickelten Konzept eines Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sind wir da einen wichtigen Schritt vorangekommen. Aber das muss ein Anfang und darf nicht das Ende sein. Die Zeiten, in denen Deutschland gemeinsam vereinbarte Bündnisverpflichtungen wie das Zwei-Prozent-Ziel ignorierte, müssen der Vergangenheit angehören.

Auch die US-Administration unter Präsident Joe Biden dürfte diesen Kurswechsel als ein längst überfälliges Angebot zur Verantwortungsübernahme begreifen. Zur Wahrheit gehört aber natürlich auch: Dem müssen notfalls auch Taten folgen. Innerhalb der Allianz und notfalls auch im südchinesischen Meer. Dass Frankreichs Marine sich dort an Freedom-of-Navigation-Missionen beteiligt, eine deutsche Fregatte aber noch nie durch die Taiwanstraße gefahren ist, ist eine Symbolik, die man leider auf der ganzen Welt versteht – und die sich ändern muss.

Zweitens: Deutschland muss eine Renaissance des Freihandels vorantreiben. Das wird nicht leicht, denn so wie der Protektionist Trump gegen deutsche Autos gewettert hat, wurde zuvor in Deutschland mit dem Feindbild Chlorhuhn gegen amerikanisches Geflügel gekämpft und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft torpediert. Jetzt besteht jedoch die Chance für einen neuen Anlauf mit dem Ziel, Handel und Investitionen mit politisch freien Weltregionen um den Atlantik wie den Pazifik zu stärken – und Abhängigkeiten vom chinesischen Markt zu verringern. Wenn wir jetzt endlich das komplett ausverhandelte CETA-Abkommen für europäischen Freihandel mit Kanada ratifizieren und TTIP-Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA wieder aufnehmen würden, wäre das ein beeindruckender Nachweis transatlantischer Kompromissfähigkeit. Denn einmal ganz ehrlich: Wenn wir uns nicht mit Kanada oder den USA auf ein Freihandelsabkommen einigen können, mit wem denn dann?

Europa muss auf diesem Weg gemeinsam mit den USA eine außenwirtschaftliche Beyond-China-Strategie entwickeln und dabei groß denken. Nette Worte beeindrucken Xi Jinping jedenfalls nicht. Marktmacht und gute Verhandlungspositionen schon. Gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas müssen wir zudem bereit sein, kurzfristig Härte im Handel zu zeigen, um echte wirtschaftspolitische Wettbewerbsgleichheit und verlässliche humanitäre Zusagen zu erkämpfen. Das chinesische Rosinenpicken in der WTO darf sich beim Investitionsschutzabkommen nicht wiederholen.

All das zeigt: Wir müssen wieder globaler denken und unsere Institutionen an neue Lagen anpassen. Und wir müssen neue Organisationen schaffen, um marktwirtschaftliche Demokratien auf der ganzen Welt zu stärken. Nur wenn wir gemeinsam als Demokraten die großen Herausforderungen angehen, können wir den Systemwettbewerb gewinnen.

# 3. Menschenrechte als Fundament liberaler Demokratien

*Dr. Michaela Lissowsky*

Autokratischer Machtausbau und der autokratische Machterhalt gehen immer einher mit einer Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten – nach innen, wie nach außen. Freies kritisches Denken und freie Meinungsäußerung passen nicht ins autokratische Konzept von Kontrolle. Zunehmend versuchen autokratische Staaten ihren Zugriff über das eigene Territorium hinaus zu erweitern. Sie verfolgen Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen im Exil, bedrohen ihre Familien und setzen die Aufnahmeländer wirtschaftlich und politisch unter Druck (Dukalskis 2021). Dabei wird auch internationale Kooperation für die Verfolgung missbraucht, beispielsweise, indem Red Notices (Rote Ausschreibungen) von Interpol eingesetzt werden, um Kritiker und Kritikerinnen unter Druck zu setzen. Gerade im Sicherheitsbereich vertiefen Autokraten ihre Kooperation, um unter dem Deckmantel der Kriminalitätsbekämpfung ihre Methoden zur Verfolgung Oppositioneller immer weiter zu perfektionieren. Diesem Bündnis der Autokratien müssen demokratische Staaten entgegentreten und durch bessere Zusammenarbeit die zunehmende Einengung von Handlungsräumen für Menschenrechtsarbeit („shrinking spaces“) aufhalten. Dabei muss für Demokratien auch die Stärkung der regelbasierten Weltordnung im Vordergrund stehen.

## Repression nach innen als Kriterium

In Autokratien gibt es selten Regeln oder ein Rechtssystem, auf das sich Oppositionelle verlassen können. Über die Instrumente des Rechtsstaats verfügen autokratische Herrscher in erster Linie politisch. Die Folge sind Prozesse gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger, die keine fairen Verfahrensstandards achten. Richterinnen und Richter setzen die politischen Direktiven des autokratischen Herrschers um. Eine richterliche Unabhängigkeit kennt diese Regierungsführung nicht. Die Gewaltenteilung hat nie existiert oder wird abgeschafft. Das wichtigste Erkennungsmerkmal ist jedoch die Repression gegen die eigene Bevölkerung – unabhängig von der Frage, ob es sich um die Verfolgung von Minderheiten oder Diskriminierung anderer Gruppen handelt.

Systematisch werden kritische Stimmen gezielt aus den öffentlich-politischen Räumen verbannt und zum Schweigen gebracht: Menschenrechtsaktivisten, Oppositionelle und Journalisten und Journalistinnen werden verfolgt und weggesperrt, um autokratischen Entwicklungen den Weg zu bahnen. Medien wird die Sendegenehmigung entzogen oder erst gar keine erteilt. Der autokratische Staat kontrolliert die öffentliche Meinung weitgehend, um die eigenen Macht abzusichern. So sind Journalistinnen und Journalisten häufig die ersten, die attackiert und verfolgt werden. Je länger Kritiker mundtot gemacht, verfolgt und verurteilt werden und eine Gesellschaft im Gesamten unfrei ist, umso schneller

verschlechtert sich die Situation der Menschenrechte. Die Chancen für demokratische Entwicklung sinken.

## Demokratische Regression

Im Index „Freedom in the World 2022“ dokumentiert die Nichtregierungsorganisation Freedom House einen weiteren Anstieg autokratisch gelenkter Staaten – nunmehr seit 16 Jahren in Folge. Nur knapp 20% der Menschen leben demnach weltweit in freien, offenen Gesellschaften liberaler Demokratien. Die andauernde demokratische Regression bedroht Menschen in allen Regionen der Welt und auch die Gruppe der Zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Bei fast allen G20 Mitgliedern sind Freiheit und Demokratie seit 2006 zurückgegangen (Diamond 2021). Schon alleine diese Entwicklung würde die internationale Rechtsordnung mit all ihren Internationalen Organisationen genügend auf die Probe stellen. Real gefährdet sind Frieden und internationale Sicherheit seit Beginn des Krieges in der Ukraine – verursacht durch einen einzigen Aggressor: Russland. Mit der Gründung der Vereinten Nationen und den späteren Beitritten hat die internationale Staatengemeinschaft den Entschluss gefasst, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, in dem vollen Bewusstsein und in Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, dass durch militärische Aggression die schwersten Menschenrechtsverbrechen mit den höchsten Opferzahlen entstehen. Der Krieg in der Ukraine kann als politisches Versagen der internationalen Gemeinschaft eingestuft werden, die Analyse aus dem Blick der Menschenrechte kommt zu dem Ergebnis, dass bereits früher und konsequenter auf die Repression des russischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung mit härteren Sanktionen hätte reagiert werden müssen.

## Gefährlich für Internationale Organisationen

Zunehmend lassen sich Partnerschaften zwischen autokratischen Regierungen beobachten, um Sanktionen zu umgehen, oder um sich bei der Verletzung von Menschenrechten und der Verfolgung von besonders vulnerablen Minderheiten gegenseitig zu stützen. China demonstriert es gerade im Fall Russlands. Im UN-Menschenrechtsrat sind diese Entwicklungen in den Reden und im Abstimmungsverhalten bei Resolutionen zu beobachten. Gefährlich würde es, wenn sich autokratische Bündnisse manifestieren und eine neue Weltunordnung von Unfreiheit schaffen. Demokratische Institutionen und Internationale Organisationen werden, wie im Fall des UN Menschenrechtsrats, bereits gezielt für nationale Interessenspolitik zur Missachtung des Völkerrechts benutzt. Spätestens jetzt muss das politische Modell der liberalen Demokratie als ein fortlaufender Work-in-progress verstanden werden. Sie zu verteidigen ist eine Daueraufgabe. Die Menschenwürde und die Menschenrechte sind nicht nur der rechtliche Handlungsrahmen, sondern auch zugleich das wichtigste anzustrebende politische Ziel. Die bestehenden Gefahren sowie die



bereits erkennbare Trendwende müssen bei demokratischen Regierungen zu einem politischen Paradigmenwechsel von Demokratieförderungen zu Demokratieforderungen, und vor allem zu einer pro-aktiven Menschenrechtspolitik führen. Eine Menschenrechtspolitik, die nicht erst auf die tagespolitische Bühne geholt wird, wenn Flucht, Vertreibung und Massaker oder einzelne Schicksale von massiven Menschenrechtsverstößen von den Medien aufgenommen werden, sondern eine Menschenrechtspolitik, die viel früher ansetzt und ein Kernanliegen einer Allianz für Demokratien ist.

### **Internationale Menschenrechtspolitik trotz Systemwettbewerb**

Das internationale Menschenrechtssystem mit all seinen Organisationen, Foren und Unterorganisationen ist nicht perfekt. Es basiert auf internationalen Verträgen und wird daher immer nur so durchsetzungsstark sein, wie der politische Wille der jeweiligen Vertragsparteien, sprich der jeweiligen Regierungen. Dies zeigte sich selbst bei der Frage, ob Russland nach dem Beginn des Aggressionskrieges in der Ukraine vom UN-Menschenrechtsrat auszuschließen sei. Von 193 Mitgliedsstaaten in der UN-Generalversammlung stimmten am 7. April 2022 93 Staaten für den Ausschluss Russlands aus dem höchsten Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen, während 24 dagegen votierten und sich 58 Staaten enthielten. Darunter waren auch das als von Freedom House frei eingestufte Ghana und das als teils frei bewertete Gambia. Letzteres führt gerade vor dem Internationalen Gerichtshof ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Myanmar auf der Grundlage der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Schließlich gilt die Militärregierung als hauptverantwortlich für die massive Vertreibung und Verfolgung der Rohingya. In dieser Hinsicht verdeutlicht Gambia die Herausforderungen und Zwiespälte des Systemwettbewerbes. Auf der einen Seite kann sich das Land nicht dazu durchringen, Russlands massive Kriegsverbrechen konsequent zu verurteilen, in einem anderen Fall agiert es vorbildlich. An einem konsequenten menschenrechtspolitischen Verhalten im außenpolitischen Handeln müssen sich auch liberale Demokratien messen lassen. Liberale Menschenrechtspolitik sollte permanent als primäres Ziel die Herstellung einer regelbasierten internationalen Rechtsordnung anstreben, die der Universalität der Menschenrechte Geltung verschafft und Rechtsverstöße konsequent ahndet – wie in jedem anderen Rechtsgebiet. Dabei sollte auch überlegt werden, wie demokratische Staaten in internationalen Verträgen Rechtsstaats- und Menschenrechtsmechanismen verankern können, die dafür Sorge tragen, dass Menschenrechtspolitik auch bei einer zunehmenden Fragmentierung des internationalen Systems präsent bleiben. Vielmehr noch würde dieser Ansatz die Resilienz internationaler Institutionen stärken ohne aber den globalen Anspruch der Menschenrechtsarbeit aufzugeben. Dies wäre ein klarer menschenrechtsbasierter Gegenentwurf zur nationalistischen Abschottungspolitik, die in den letzten Jahren zugenommen hat, und sich auch in der erhöhten Anzahl von staatlich verursachten Internet-Shutdowns bemerkbar macht (Feldstein 2022).

### **Internet-Shutdowns sind Menschenrechtsverstöße**

Die Menschenrechtsverletzungen eines autokratischen Regimes lassen sich von außen betrachtet erkennen, sobald sie sichtbar, damit aber auch bereits vollzogen sind. Nicht selten hindern Zensur und Desinformationen im autokratischen System selbst die Bürgerinnen und Bürger daran, sich der schleichenden Verschlechterung überhaupt in vollem Umfang bewusst zu werden. Die Digitalisierung schafft neue Diskursräume für die Menschenrechtsarbeit, bringt aber auch Nachteile der Überwachung und Zensur mit sich, die die Menschenrechte wiederum erneut bedrohen. Eine Allianz für Demokratien ist verpflichtet, sich dringend damit auseinanderzusetzen, dass die Technologien für Internetzensur überwiegend in ihren eigenen Ländern entwickelt werden, wie USA, Canada, Israel und EU-Mitgliedern (Feldstein 2022).

### **Pro-Demokratie-Aktivisten politisch einbeziehen**

Der Einsatz von Technologien hat sich bereits beim Skandal um Cambridge Analytica gezeigt. Die Wahlbeeinflussung ist ein gravierender Menschenrechtsverstoß. Schließlich sind Wahlen das grundlegende wiederkehrende Ereignis in jedem politischen System. Unabhängig vom Demokratisierungsgrad ist die Bedeutung von Wahlen wichtig für die betroffene Bevölkerung. Jede Wahl wird als Chance betrachtet durch Teilhabe eine politische Veränderung zu erreichen, die vor allem zu einer Verbesserung der Lebensumstände führen kann. Wahlergebnisse führen in allen Regionen weltweit zu Reaktionen, die nicht selten in Protesten und gewalttätigen Niederschlagungen münden. Pro-Demokratie-Aktivisten und Aktivistinnen, die die Friedrich-Naumann-Stiftung in der Ausgabe Human Rights Defenders 2021 zu Wort hat kommen lassen, sollten daher gezielter als zukunftssträchtige Gruppe wahrgenommen und in politischen Verhandlungen und wirtschaftlichen Entwicklungen einbezogen werden. Es könnten die Entscheider von Morgen sein (FNF 2021). Wesentlich zielgerichteter muss daher die Vernetzung von Menschenrechtsverteidigern und –verteidigerinnen, die vor Ort in autokratischen Regimen leben, mit denjenigen im Exil erfolgen. Menschenrechtspolitik muss Brücken bauen und Grenzen überwinden, auch von analog zu digital.

### **Liberale Ansätze im Systemwettbewerb**

Normen und normativ begründete Werte von Menschenrechten müssen in der Ursprünglichkeit der völkerrechtlichen Verankerung auf ihre Anwendbarkeit hin im digitalen Zeitalter des 21. Jahrhunderts überprüft werden. An den friedensschaffenden Zielen und Anliegen, die zur Gründung der Vereinten Nationen geführt, nämlich eine sichere Friedens- und Rechtsordnung – auch im digitalen Raum – zu schaffen, muss sich eine Allianz für Demokratien im Jahr 2022 messen lassen. Unabhängige Medien untermauern die Funktionsfähigkeit der liberalen Demokratie. Die Medienvielfalt und die Pressefreiheit müssen daher zu einem institutionellen Faktor von entwicklungspolitischen und auswärtiger Politik werden. Die Freiheit des Wortes und des Bildes konstituieren den öffentlichen Raum, wo politische Meinungs- und Willensbildung erfolgen. Exil-Journalistinnen müssen besonders gefördert werden, um eine Stimme von außen zu wahren.

Politische Strategien einer wertegeleiteten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungs- sowie Entwicklungspolitik müssen auf einem klaren Bekenntnis zu den Menschenrechten fußen, und so eine interdependente Menschenrechtspolitik begründen. Menschenrechte müssen als ein Rechtsgebiet in liberalen Demokratien verstanden werden, das national wie international eingeklagt werden kann. Die Justizapparate müssen dazu im Bereich Menschenrechte geschult werden, Völkerrecht fest in den Curricula des Jurastudiums verankert und internationale Austauschprogramme etabliert werden.

### **Finanzierung & Unterstützung der Menschenrechtsarbeit**

Zunehmend wird die Finanzierung von Menschenrechtsorganisationen, Aktivisten, aber auch Journalisten und Medienhäusern durch Autokraten überwacht und schwieriger. Im Umfeld des russischen Angriffskrieges sind dabei auch digitale Währungen in den Vordergrund gerückt. Leider ist in der Öffentlichkeit häufig nur darüber spekuliert worden, wie Kryptowährungen zur Umgehung von Sanktionen gegen Russland eingesetzt werden könnte und weniger darüber, wie dadurch Menschenrechtsarbeit finanziert werden kann. Digitale Währungen bieten hier eine enorme Chance. Die Menschen haben Telefone, selbst wenn das Bankensystem kontrolliert wird. Frauen dürfen an vielen Orten kein Bankkonto eröffnen. Kryptowährungen erweisen sich trotz ihrer Volatilität dann als hilfreich, wenn Finanzierungswege zu komplex sind. Digitale Währungen ermöglichen Menschen eine alternative Finanzinfrastruktur zu nutzen. Das mag für viele demokratische Regierungen zunächst wenig attraktiv klingen aber in autoritären Staaten ist das überlebenswichtig. Deswegen sollten Demokratien davon Abstand nehmen selbstverwaltete Wallets, mit denen anonym aber nachvollziehbar Geld versendet und empfangen werden kann, unverhältnismäßig einzuschränken. Stattdessen sollten Demokratien belastbare Rahmenbedingungen schaffen, damit auch mit Kryptowährungen Menschenrechtsaktivisten gezielt finanziell unterstützt werden können (Hilgers/Greilich 2022). Mindestens genauso wichtig ist, dass demokratische Staaten nicht aufhören, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger zu unterstützen. Gerade wenn große Autokratien wie China und Russland versuchen die Handlungsspielräume für die Menschenrechtsarbeit immer weiter einzuschränken, müssen es liberale Demokratien sein, die sich untereinander und die Menschenrechte insgesamt unterstützen.

# 4. Regeln statt Macht – Globalisierung im Systemwettbewerb

*Sven Hilgers*

Nach einer Hochphase der Globalisierung, die auf das Ende des Kalten Krieges folgte, steckt die Weltwirtschaft seit mehr als zehn Jahren in einer Dauerkrise (Klement 2021). Zunächst stagnierten Handels- und Finanzströme infolge der globalen Finanzkrise, dann störte die Pandemie Lieferketten und nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg steigt der Einfluss von Geopolitik auf wirtschaftliche Kooperation. Für lange Zeit galt die wirtschaftliche Verflechtung von Volkswirtschaften als wichtiger Grundsatz, um Konflikte zu verhindern und demokratische Transformation in autokratischen Ländern voranzubringen. Doch im gleichen Maße, in dem wirtschaftliche Beziehungen durch geopolitische Konflikte gestört werden und selbst das Verhältnis zwischen ökonomisch, engverflochtenen Staaten aggressiver wird, verliert auch der Leitgedanke „Wandel durch Handel“ zunehmend an Bedeutung und kehrt sich in einigen Fällen sogar ins Gegenteil.

## **Gefährliche Abhängigkeiten**

Vor allem die Volksrepublik China hat in den vergangenen Jahren versucht diese ökonomische Verflechtung auszunutzen, um sogar im Ausland Kritik an den eigenen Menschenrechtsverletzungen zu unterdrücken oder jeglichen Zweifel an der Ein-China-Politik verstummen zu lassen. Betroffen waren zuletzt Litauen und Australien, gefährdet ist aber im Prinzip jedes Land, das in Abhängigkeit von dem kommunistischen Ein-Parteien-Staat steht. Die chinesische Staatsführung hat in den vergangenen Jahren hart dafür gearbeitet, andere Staaten abhängiger von der eigenen Wirtschaft zu machen und selber unabhängiger von der Weltwirtschaft zu werden (Sommer 2019; Shikwati et al. 2022). Auch Russland verfolgt diesen Kurs der asymmetrischen Abhängigkeit spätestens seit der Krim-Annexion 2014. Der Kreml nutzt nun Europas enorme Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen, um den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu finanzieren und Zwietracht unter Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu säen. Anstatt mäßigend auf Putins Regime einzuwirken, trägt die enge wirtschaftliche Verflechtung so teilweise sogar zu einer Verschärfung des Konfliktes bei. Über Jahrzehnte haben zudem westliche Finanzplätze als Zufluchtsort für Kleptokraten gedient und dadurch dazu beigetragen, dass autoritäre Regime und ihre Unterstützer ihr Geld sicher anlegen konnten (Burgis 2020). Die engen geschäftlichen Beziehungen mit Autokratien führen dabei nicht selten zu mehr Zugeständnissen gegenüber ihren Herrschern, anstatt zu positiven Veränderungen für die Bevölkerung in den autokratischen Staaten.

Aufgrund dieser Entwicklung die positiven Effekten wirtschaftlicher Verflechtung zu vergessen und von der internationalen Arbeitsteilung abzurücken wäre falsch.

Zunehmend entscheiden sich liberale Demokratien aber ihre Märkte auf eine Art zu regulieren, die einseitige Abhängigkeiten von autoritären Regimen reduzieren. Sie stehen dabei vor der Herausforderung, sich vor unfairen Handelspraktiken, staatskapitalistischer Investitionspolitik und einem Nexus aus organisierter Kriminalität und Kleptokratie zu schützen aber gleichzeitig ihre wirtschaftliche Offenheit aufrechtzuerhalten, also nicht durch Protektionismus und fehlgeleitete Industriepolitik selbst marktwirtschaftliche Standards zu untergraben. Es wäre eine weitere Gefahr für die regelbasierte Weltwirtschaftsordnung, wenn auch marktwirtschaftliche Demokratien mit Abschottung auf die Bedrohung durch autoritäre Regime reagieren. Die Globalisierung wird sich zweifelsohne verändern, aber sie darf nicht enden. Doch dafür müssen demokratische Staaten ein gemeinsames Vorgehen im Umgang mit autoritärem Staatskapitalismus finden. Ziel sollte dabei ein fairer, regelbasierter wirtschaftlicher Wettbewerb sein, der liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördert und globale Standards für den Umgang mit neuen Technologien schafft.

## **Mehr Geopolitik bedeutet nicht mehr Abschottung**

Im Kern geht es um ein koordiniertes, strategisches Handeln liberaler Demokratien. Voraussetzung ist ein Verständnis für langfristige und geopolitische Implikationen wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungen. Die Privatisierung eines Hafens, die Investition eines dubiosen Geschäftsmannes oder die Vergabe eines Auftrages für die Telekommunikationsinfrastruktur an Unternehmen aus autoritären Staaten kann sich in Zeiten eines zunehmenden Systemwettbewerbes nicht nur an kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen orientieren. Zukünftige Konsequenzen für den Fortbestand einer funktionierenden Marktwirtschaft und der liberalen Demokratie müssen im Blick gehalten werden. Das bedeutet kein Abrücken von den Prinzipien stabiler Finanzen und offener Märkte, zentrale Erfolgsfaktoren des globalen Westens seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Der Systemwettbewerb zwischen liberaler Demokratie und staatskapitalistischen Autokratien ist vor allem ein Wettbewerb, um das bessere Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell für die Herausforderungen unserer Zeit.

Eine engere Kooperation liberaler Demokratien sollte daher damit beginnen, die eigenen Abwehrkräfte zu stärken. Institutionen, Finanzmärkte und Lieferketten müssen gegen überbordenden Einfluss autoritärer Staaten und deren Unternehmen gestärkt werden. Das gilt nicht nur für privatwirtschaftliche Unternehmen, sondern auch Universitäten und kritische Infrastrukturen, wie die Telekommunikationsnetz-

werke und Energiesysteme. Im Rahmen der G7 sind dafür im vergangenen Jahr vor allem zwei Fragen für die engere Kooperation von Demokratien diskutiert worden: Der Zugang zum Aufbau von 5G-Mobilfunknetzwerken und die Gestaltung globaler Lieferketten. Beides sind wichtige Aspekte eines wirksamen Schutzes kritischer Infrastrukturen und der Vermeidung asymmetrischer Abhängigkeiten. Gleichzeitig sind diese Problemfelder gerade im Kontext der zunehmenden Eskalation des Systemwettbewerbes nur ein kleiner Ausschnitt der zu diskutierenden Fragen.

Die Kooperation von Demokratien sollte dabei als Baustein für eine regelbasierte Wirtschaftsordnung dienen. Denn auch die heutige liberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren internationalen Institutionen hat nicht direkt als globale Ordnung begonnen, sondern hat sich im Laufe der Zeit auf immer mehr Länder ausgedehnt. Vor dem Ende des Kalten Krieges konnten die Staaten des Warschauer Paktes nicht Teil globaler Handelsabkommen werden oder Unterstützung von der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds erhalten. Ein neuer Anlauf ist notwendig, um die Widerstands- und Funktionsfähigkeit der Demokratie aber auch der liberalen Weltwirtschaftsordnung im Wettbewerb mit staatskapitalistischen Autokratien zu stärken. Das mündet im Idealfall langfristig in einem offenen Wirtschaftsraum liberaler Demokratien, der durch die Marktgröße, in der Lage ist, globale Standards zu setzen. Auf dem Weg dahin wird es flexiblere und kleinere Formen der Zusammenarbeit geben, auch eine Organisation im Rahmen einer globalen demokratischen Allianz ist denkbar.

### **Kritische Infrastruktur und zentrale Lieferketten**

Beim Schutz kritischer Infrastruktur geht es um deren Resilienz und nicht darum ausländische Investitionen zu beschränken oder zu verhindern. Dafür bedarf es unter anderem einer strategischen Investitionsprüfung, die langfristig dafür sorgt, dass für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, zentrale Einrichtungen nicht in die Hände von autoritären Staaten geraten. Denn im Gegensatz zu rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen sind staatskapitalistische Systeme eher in der Lage, die zentrale Stellung ihrer Unternehmen in Lieferketten oder kritischer Infrastruktur auszunutzen. In Bereichen wie Sport, Kultur und Wissenschaft baut die chinesische Regierung bereits Druck auf oder interveniert proaktiv, um Kritik an Menschenrechtsverletzungen oder insgesamt chinesischer Politik zu unterbinden (Hamilton/Ohlberg 2020). Alles deutet daraufhin, dass chinesische Unternehmen und die Volksrepublik davor auch bei Lieferketten und kritischer Infrastruktur nicht zurückschrecken.

Die kritische Infrastruktur umfasst auch lebenswichtige Bereiche wie die Versorgung mit Strom und sauberem Trinkwasser sowie eine funktionierende und sichere Informations- und Kommunikationstechnik. Engere wirtschaftliche Kooperation unter marktwirtschaftlichen, demokratischen Staaten kann dazu beitragen dieses Erpressungspotential zu verringern. Liberale Demokratien sollten gemeinsame Standards für die Investitionsprüfung und Subventionskontrolle vereinbaren, um die Widerstandsfähigkeit kritischer

Infrastrukturen, insbesondere solche mit Implikationen für die Funktionsfähigkeit demokratischer Prozesse, zu stärken. Zudem können sie durch gezielte Kooperation in Forschung und Entwicklung gemeinsam technologische Lösungen voranbringen, die einseitige Abhängigkeiten verhindern. Ähnliches gilt für die Lieferketten von Produkten, die zentral für die eigene Volkswirtschaft sind. Der russische Angriffskrieg, aber auch die Pandemie, haben vor Augen geführt, wie gefährlich einseitige Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Lebensmitteln und Medizinprodukten sind. Eine engere demokratische Zusammenarbeit trägt dazu bei, dass auf Nachfrage-, genauso wie auf Angebotsseite Lieferketten diversifiziert und an verlässlicheren Handelspartnern ausgerichtet werden, ohne den Wohlstand in Demokratien zu gefährden.

### **Gemeinsam gegen Korruption und Kleptokratie**

Die personenbezogenen Sanktionen gegen Russlands kleptokratische Elite haben das Ausmaß, in dem illegales Geld staatliche Strukturen in liberalen Demokratien korrumpiert hat, für die breite Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Denn russische Oligarchen genauso wie andere Kleptokraten haben in der Vergangenheit von einer zurückhaltenden Strafverfolgung im Bereich der Wirtschaftskriminalität profitiert. Der Finanzplätze wie London, Zürich und New York haben sich als lukrative Zufluchtsorte für illegales Geld etabliert und gefährliche Abhängigkeiten geschaffen (Michel 2021; Bullough 2022). Das sorgt für falsche Zurückhaltung demokratischer Staaten gegenüber autokratischen Eliten und Staaten, andererseits schadet es der Bevölkerung in Autokratien. Gerade in staatskapitalistischen Systemen tritt Korruption häufiger auf (Kurlantzick 2016). Ihre Bekämpfung wird strukturell vernachlässigt oder systematisch untergraben. Je größer die Rolle des Staates in der Wirtschaft und je geringer der wirtschaftliche Wettbewerb ist, desto anfälliger sind Staaten für Korruption. Laut Weltbank werden jährlich von Einzelpersonen und Unternehmen rund eine Billionen US-Dollar Bestechungsgelder gezahlt (Power 2021: 21). Korruption ist dabei zugleich eine der größten Schwachstellen autoritärer Regime. Unabhängig vom System, in dem Menschen leben, erntet Korruption weitreichende Kritik und führt nicht selten zu Protesten gegen das herrschende Regime.

Der gemeinsame Kampf gegen Korruption und Kleptokratie ist ein lohnenswerter für liberale Demokratien. Das beginnt damit Geldwäsche und illegale Investitionsmöglichkeiten für Kleptokraten und organisierte Kriminalität in westlichen Finanzzentren entschieden und konzertiert zu bekämpfen. Die personenbezogenen Sanktionen gegen Putins Oligarchen und die transatlantische Task Force zur Durchsetzung dieser Sanktionen sollten der Startschuss für eine koordinierte Kampagne liberaler Demokratien gegen schmutziges Geld sein. Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Erfolge bei der Bekämpfung illegaler Finanzströme zu verzeichnen (Zarate 2013). US-Präsident Biden hat bereits angekündigt, Korruption zu einem Thema für die nationale Sicherheit zu machen. Gemeinsam mit anderen liberalen Demokratien können Instrumente entwickelt werden, um Korruption zu bekämpfen. Mindeststandards in der Korruptionsbekämpfung können beispielsweise als fester Bestandteil von Handels- und Investitionsabkommen

etabliert werden und nationale Sicherheitsbehörden liberaler Demokratien bei der Durchsetzung von Anti-Korruptionsabkommen stärker zusammenarbeiten.

#### **Globalisierung sicher für Demokratien**

Die wirtschaftliche Globalisierung wird durch die Zunahme geopolitischer Konflikte und eines Systemwettbewerbs zwischen liberalen Demokratien und staatskapitalistischen Autokratien enorm herausgefordert. Die institutionelle Resilienz der regelbasierten Weltwirtschaftsordnung muss gestärkt werden. Dabei sollten liberale Demokratien viel stärker als bisher auf die Einhaltung globaler Regeln pochen. Dafür bedarf es einer engeren Abstimmung unter liberalen Demokratien in internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation genauso wie fokussierten plurilateralen Abkommen, die Lücken bei multilateralen Abkommen oder deren Durchsetzung füllen. Zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen in allen Wirtschaftsbereichen ist zum Beispiel ein gemeinsames Vorgehen bei subventionierten Unternehmen sowie Staatsunternehmen sinnvoll. Das – in der Europäischen Union bewährte – Instrument der Beihilfenkontrolle wird nun auch auf Drittstaaten ausgeweitet. Ähnlich wie bei dem plurilateralen WTO-Übereinkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen können liberale Demokratien Standards für staatliche oder staatlich subventionierte Unternehmen vereinbaren, um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen. So können gemeinsame Regeln für den Wettbewerb festgelegt werden. Die Offenheit von Märkten sollte sich nicht nur an den Prinzipien Reziprozität und der Inländergleichbehandlung orientieren, sondern auch sicherstellen, dass der Wettbewerb nicht verzerrt wird. Hierfür können auch neue Institutionen wie eine internationale Monopol- und Wettbewerbskommission sinnvoll sein. Der Weg über plurilaterale Abkommen wäre auch bei Durchsetzung von Menschenrechts- und Arbeitsstandards möglich. Ein gemeinsames Abkommen zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht in Lieferketten kann durch entsprechende Marktmacht globale Standards setzen und dadurch sowohl Menschenrechte als auch fairen unternehmerischen Wettbewerb stärken. Die Europäische Union beweist seit Jahren, wie sie durch einen großen Binnenmarkt und gemeinsame Regulierung globale Standards setzen kann und die amerikanische Handelspolitik blickt bereits mit großem Interesse auf die Gesetzgebung der EU in dem Bereich (Bradford 2020).

#### **Differenzierter Multilateralismus**

Das bedeutet, dass es neben dem bisherigen inklusiven, multilateralen Ansatz, der den Anspruch hat alle Staaten miteinzubeziehen, einen neuen Multilateralismus braucht.

Dieser Multilateralismus muss effektiver darin sein, Regeln für freien und fairen Handel durchzusetzen, Menschenrechte und Demokratie zu schützen und nicht durch einige, wenige Akteure blockiert werden können. Im Idealfall überlappen sich beide Formen von Multilateralismus in vielen Themenfeldern. Aber um die Resilienz der Globalisierung im Systemwettbewerb zu stärken, müssen Demokratien für einen effektiveren Multilateralismus arbeiten. Das heißt auch, in der Lage zu sein, Staaten, die demokratische und rechtsstaatliche Standards nicht einhalten aus Abkommen und Organisationen zur Not auch wieder auszuschließen. Damit die Welt in die-

ser neuen Phase der Globalisierung sicher für Demokratien ist, braucht es zuvorderst eine engere und entschlossene Kooperation unter Demokratien, die die liberale Weltwirtschaftsordnung stärken und weiterentwickeln (Ikenberry 2020). Das schließt die Stärkung der Welthandelsorganisation und ihres Streitschlichtungsmechanismus genauso ein wie den Aufbau neuer Institutionen und Kooperationsformen. Eine solches Vorgehen verbindet wirtschaftliche Offenheit und Multilateralismus mit Resilienz und einer Stärkung von Demokratien im Systemwettbewerb.



# 5. Internet Governance – Grundlage unserer Demokratien im digitalen Zeitalter

*Ann Cathrin Riedel*

Infrastrukturprojekte sind regelmäßig und in vermutlich allen Staaten – unabhängig von der Regierungsform – eines der wichtigsten politischen Vorhaben im öffentlichen Raum. Umgehungsstraßen zu bauen, marode Brücken zu sanieren und Häfen auszubauen, erfordern häufig einen großen Anteil an Zustimmung. Straßen und Schienen sehen Bürgerinnen und Bürger täglich. Sie spüren ihre Schäden bei ihrer Benutzung. Unter Häfen und Flughäfen können sie sich konkret etwas vorstellen. Sie lernen bereits als Kind, wie notwendig diese sind, um Waren zu handeln und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Infrastruktur des Cyberraums, das Internet, das ein Großteil der Weltbevölkerung mittlerweile täglich nutzt und wirtschaftlich und gesellschaftlich von ihm abhängig ist, sieht man hingegen nicht. Eingriffe wie Zensur oder Überwachungsmaßnahmen oder gar Internetshut downs, spüren Menschen gerade in liberalen Demokratien kaum.

Während die Aufkäufe und Investitionen in klassische Infrastruktur im öffentlichen Raum insbesondere durch China und Russland im Globalen Süden mittlerweile äußerst kritisch betrachtet wird und Gegenmaßnahmen ergriffen werden, ist das Vorgehen dieser Staaten und anderer im Bereich der Internet Governance weiterhin ein Nischenthema und bekommt nicht die politische und gesellschaftliche Beachtung, die es bräuchte, um Demokratien auch in Zukunft auf ein sicheres Fundament zu stellen. Das digitale Zeitalter des 21. Jahrhunderts ist auf dem Internet aufgebaut, das sowohl eine physische als auch logische Infrastruktur bedingt, um Daten und Informationen über Grenzen hinweg auszutauschen.

Um dieses Fundament zu erhalten und zu stärken, gilt es, die Vorzüge eines offenen und freien Internets für gesellschaftliche und wirtschaftliche Prosperität für alle Staaten und Gesellschaften hervorzuheben und nutzbar zu machen. Dabei ist zu betonen, dass der freie und offene Ansatz aus den Anfängen des Internets heute selbstverständlich nicht mehr der gleiche ist, wie vor 30 Jahren. Regulierung muss heute eingesetzt werden, um Grundrechte zu garantieren und um Marktversagen und einer Fragmentierung des Internets entgegenzuwirken.

Internet Governance gehört in Demokratien auf die politische Agenda – wie Infrastrukturprojekte im öffentlichen Raum. Nachdem erkannt wurde, welche Abhängigkeiten in der Energieversorgung von autokratischen Regimen herrscht und es nicht selbstverständlich ist, dass Gas und Strom aus der Leitung kommen, muss auch erkannt werden, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass Informationen frei und ungefiltert fließen können. Autokratische Regime haben längst den Cyber- und Informationsraum als politisches Handlungsfeld auch für ihre Außenpolitik entdeckt. Die Macht von globalen Tech-Konzernen konzentriert sich zunehmend zu Mono- und

Oligopolen. Analysen und Problembeschreibungen liegen zahlreich vor. Die Regierungen demokratischer Staaten müssen nun ins strategische Handeln kommen.

Die Internet Governance ist ein komplexes Politikfeld. Sie muss auf zwei Ebenen betrachtet werden (Souter 2021): Der Infrastruktur des Netzes selbst, nebst der Technologie und den Protokollen, auf denen das Internet aufbaut, sowie die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen, die das Internet auf Gesellschaften hat. Im Folgenden sollen ausgewählte Handlungsfelder genannt werden, in denen demokratische Allianzen vorgehen und "digitale Entscheider"-Staaten zur Zusammenarbeit einladen müssen. Als digitale Entscheider wird eine Gruppe oft übersehender Staaten bezeichnet, die eine Schlüsselfunktion in der Internet Governance innehaben könnten, z.B. Brasilien, Indonesien, Mexiko und Indien (Morgus et. al 2018: Abb. 7). Demokratische Staaten müssen allerdings selbst mit gutem Beispiel bezüglich ihrer eigenen Regulierung vorgehen und dürfen hier ihre Glaubwürdigkeit nicht verspielen.

## Physische Infrastruktur

Um überhaupt von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteilen der digitalen Welt profitieren zu können, braucht es eine physische Infrastruktur, die den Zugang ermöglicht. Bei der Installation von z.B. 5G-Infrastruktur sollte daher insbesondere in der kritischen Infrastruktur darauf geachtet werden, dass autoritäre Regime keine Daten abgreifen oder Kontrolle über diese Infrastruktur übernehmen können. Speziell die „digitalen Entscheider“-Staaten sollten darin unterstützt werden, Abhängigkeiten in ihrer gesamten Infrastruktur zu verringern. Demokratische Staaten müssen ebenfalls dafür Sorge tragen, dass Unterseekabel und Satelliten weder von autoritären Regimen kontrolliert und ausgebaut werden, aber ebenso wenig Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Tech-Konzernen entstehen.

## Logische Infrastruktur

Das Internet basiert neben der physischen auf einer logischen Infrastruktur. Die TCP- und IP-Protokolle, aber auch das Domain Name System (DNS) ermöglicht den weltweiten Austausch von Daten und Informationen. Um ihre Souveränität zu erhalten und das Netz sicherzumachen, streben Russland und China zu eigenen, nationalen Internets, die sie kontrollieren können. China hat dies bereits mit der "Great Firewall" vorangetrieben, Russland strebt mit dem Vorhaben, ein eigenes nationales DNS aufzubauen, in eine ähnliche Richtung. Mit "NewIP" möchte das chinesische Unternehmen Huawei ein neues Internetprotokoll über die Internationale Fernmeldeunion, engl. ITU, einführen. Hier braucht es eine stärkere und vor allem strategische Einbringung demokratischer Staaten in entsprechenden Institutionen und Gremien, um autoritären

Einflussnahmen entgegenzuwirken. Hier gilt es, die Grundlage eines offenen und interoperablen Netzes zu sichern und gleichzeitig produktiv an der technischen Weiterentwicklung des Internets mitzuwirken.

### **Cybersicherheit**

Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wohlstand kann im digitalen Zeitalter nur erreicht werden, wenn Infrastrukturen und Systeme von Cyberangriffen geschützt werden. Demokratische Staaten sollten auf eine defensive Cybersicherheitsstrategie setzen und analog zur Ächtung von ABC-Waffen ebenso zu einem Abkommen zur Ächtung digitaler Waffen gelangen. Durch Zusammenarbeit mit "digitalen Entscheider"-Staaten sollte im Rahmen eines Cyber-Kapazitätsaufbaus die regulatorischen kulturellen Grundlagen für eine effektive Cybersicherheit gelegt werden (Sahin 2022a). Dies ist nicht nur notwendig, um eine Grundlage für Prosperität in diesen Staaten zu schaffen, sondern sollte auch im eignen Interesse demokratischer Staaten liegen, da Sicherheitslücken und Cyberangriffe in einer vernetzten Welt immer alle betreffen können. Beispielhaft seien hier Stuxnet und Wannacry genannt.

### **Free Flow of Data with Trust**

Informationsgesellschaften sind auf einen freien und sicheren Fluss von Daten über nationalstaatliche Grenzen hinweg angewiesen. Auch "digitale Entscheider"-Staaten müssen von Daten und ihrer Nutzung profitieren können – sowohl gesellschaftlich als auch für Geschäftsmodelle und Innovationen. Demokratische Staaten müssen darauf hinwirken, dass ein gemeinsamer regulatorischer Rahmen entsteht, der diesen sicheren Austausch möglich macht. Rechtskulturelle Unterschiede können mithilfe von Technologie überwunden werden.

### **Desinformation**

Demokratische Staaten müssen sich darauf verpflichten, keine Desinformationen zu verbreiten. Gesellschaften müssen gestärkt werden, z.B. durch den Einsatz für Pressefreiheit, aber auch durch Medienkompetenz. Es braucht ein stärkeres Bewusstsein der nachhaltigen Gefährdung durch strategische Desinformation, insbesondere durch autoritäre Regime in Staaten des Globalen Südens. Desinformationen zielen nicht nur darauf ab, Gesellschaften zu spalten. Informationsoperationen sollen auch dafür sorgen, dass das Ansehen autoritärer Regime in Drittstaaten steigt. Desinformationen können nicht nur gewaltsame Konflikte entfachen oder befeuern, sie können langfristig zu destabilisierten Gesellschaften und damit Fluchtbewegungen, aber auch zu einem Abstimmungsverhalten in internationalen Gremien wie den VN führen, das autoritäre Regime begünstigt. Auch hier sollten "digitale Entscheider"-Staaten gezielter als Partner angesehen und einbezogen werden.

### **Digital Human Rights**

Demokratische Staaten müssen bei der Gewährung von Menschenrechten im digitalen Raum Vorbild sein. Meinungs- und Informationsfreiheit oder das Recht auf Privatsphäre darf nicht durch Gesetzgebung demokratischer Staaten und Staatengemeinschaften konterkariert und damit eingeschränkt werden. "Digitale Entscheider"-Staaten müssen bei der Entwicklung und Implementierung von Regulierung unterstützt werden, die diese Rechte sichern. Demokratische Staaten müssen außerdem ihre regulatorische und wirtschaftliche Macht nutzen, um auf Unternehmen einzuwirken, die Menschenrechte im Globalen Süden nicht ausreichend schützen und durchsetzen, z.B. bei der Moderation von Inhalten auf Plattformen.

### **Multi-Stakeholder-Ansatz**

Fragen zur Weiterentwicklung sowie Verwaltung des Internets (wie dem DNS) werden seit den Ursprüngen des Internets in Multi-Stakeholder-Dialogen zwischen Regierungen, der Zivilgesellschaft, Unternehmen und der technischen Community ausgehandelt. Doch internationale Institutionen wie die IETF, ICANN, ISOC und das Internet Governance Forum (IGF) kommen an ihre Grenzen, wenn es um geopolitischen Druck und signifikante politische Implikationen geht. 2025 findet der nächste Weltgipfel zur Informationsgesellschaft statt, auf dem das Mandat des IGF verlängert werden sollte. Allerdings sollte das IGF weiterentwickelt (IGF "Plus") und der Parlamentarier-Track ausgebaut werden (Voelsen 2019). Demokratische Staaten müssen sich in diesen Gremien stärker einbringen und dazu ggf. auch finanzielle Mittel bereitstellen – u.a. für die technische Community. "Digitale Entscheider"-Staaten müssen ebenfalls befähigt werden, hier ihre Anliegen einzubringen. Den Bestrebungen Russlands und Chinas Entscheidungen zur Internet Governance auf die ITU zu verlegen (Stichwort: "NewIP"), muss entgegengewirkt werden. Beide Staaten haben ihren Einfluss in der ITU stark ausgebaut und versuchen so u.a. die ICANN zu unterminieren.

### **Nationale außenpolitische Digitalstrategien**

Internet Governance und Digitalisierung muss in den einzelnen demokratischen Staaten gelebt und glaubwürdig umgesetzt werden. Nur so können selbstbewusst Initiativen in Allianzen voran- und eingebracht werden. Dadurch, dass die Internet Governance mehrere klassische Politikfelder betrifft, müssen die einzelnen Staaten dafür sorgen, dass Positionen und Strategien interministeriell entwickelt, koordiniert und vorgebracht werden, damit gegenüber Partnern einheitlich kommuniziert werden kann. Australien hat hier beispielsweise die Position eines Ambassadors for Cyber Affairs and Critical Technology geschaffen. Der Inhaber dieser Position sitzt der vierteljährlich tagenden Whole-of-Government International Cyber and Critical Technology Engagement Group vor (Sahin 2022b). Bei der nationalen Regulierung sollte in die Evaluation der Gesetze deren grenzüberschreitende Implikationen mit einfließen.

# 6. Naivität ablegen – Liberale Demokratien verteidigen

*Theresa Caroline Winter*

Liberalen Demokratien sind weltweit in der Minderheit. Juan Linz schreibt schon in den 1980ern, dass das 21. Jahrhundert ein autoritäres wird. Der jüngste Bericht „Freedom of the World“ von Freedom House bescheinigt einen „Negativ-Trend globaler Freiheit in nunmehr sechzehn aufeinanderfolgenden Jahren. Prozentual leben heute so viele Menschen in Nicht-Freien Ländern, wie seit 1997 nicht mehr. Nur etwa zwanzig Prozent der Weltbevölkerung lebt in freien Ländern. Der Verfall der Demokratie hat viele Ursachen. Spätestens seit dem 24. Februar 2022 ist deutlich, dass wir unsere liberalen Demokratien nicht nur von innen stärken, sondern explizit von außen schützen müssen. Um in Freiheit leben zu können, müssen wir wehrfähig sein. Insbesondere in Deutschland müssen wir uns der Tatsache stellen, dass unsere Vorstellung eines Lebens in einer freiheitlichen Demokratie nicht überall geteilt wird. Auch autoritäre Staaten schließen sich aufgrund gemeinsamer Interessen zusammen, genauso, wie wir uns in Europa, innerhalb der Europäischen Union und mit unseren transatlantischen Wertepartnern für gemeinschaftlichen Wohlstand und für Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Die Interessen autokratischer Regierungen werden im zweifelsfall auch mit Waffengewalt durchgesetzt.

Um unsere liberale Demokratie zu schützen, bedarf es einer realpolitischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auf nationaler Ebene müssen wir unsere Verteidigungsfähigkeit massiv steigern, europäisch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vertiefen und transatlantisch die NATO durch enge Abstimmung in der Verteidigungsplanung stärken sowie gezielt in Abschreckung investieren. Das bedeutet auch, dass wir in enger Abstimmung mit unseren demokratischen Wertepartnern mit weniger freien Staaten Allianzen eingehen müssen. Dabei dürfen keine Abhängigkeiten entstehen und jede Kooperation muss kontinuierlich evaluiert werden. Über den europäischen und transatlantischen Kontext hinaus bedarf es der engeren Kooperation mit strategisch wichtigen Wertepartnern wie Australien, Japan und Südkorea. In Europa haben wir unsere Sicherheitsarchitektur nie wirklich – mit Ausnahme Frankreichs und Großbritanniens vielleicht – größer gedacht als über den nationalstaatlichen, europäischen und transatlantischen Horizont. Um im Systemwettbewerb mit China bestehen zu können und unsere „westlichen“ Werte global zu schützen, müssen wir auch unsere Sicherheitspolitik global denken. Das fängt bei regelmäßigem militär-diplomatischen Austausch an und bezieht explizit Industriekooperationen, Rüstungsprojekte und gemeinsame Sicherheitsgarantien mit ein. Kulturell besteht in Deutschland und vielen anderen Ländern Europas ein großer Aufholbedarf, was sicherheitspolitische Wahrnehmung und verteidigungspolitische Umsetzung

angeht. Langwierige militärische Beschaffungsvorhaben, nachrichtendienstlicher Austausch und diplomatische Verhandlungen, die durch Industriepolitik stark beeinflusst sind, machen Veränderungen im Bereich Sicherheitspolitik zäh. Deswegen bedarf es nebst sowieso notwendiger nationaler Reformprozesse (Stichwort Bürokratieabbau) einer übergeordneten Sicherheitsstrategie liberaler Demokratien. Folgender Ansatz geht in diese Richtung:

## **Nationale Verteidigungsfähigkeit**

In Bezug auf die Sicherheitspolitik hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zwei Dinge gezeigt: Erstens, im Extremfall, wenn es um existentielle Bedrohungen geht, sind sich die Europäische Union und die NATO einig und treten entschlossen auf. Und zweitens, es gibt große Lücken auf nationaler Ebene und damit auch gesamtgemeinschaftlich in Bezug auf die Verteidigungsfähigkeiten. Insbesondere in Deutschland muss die vom Bundeskanzler angekündigte Zeitenwende vor allem in den Köpfen stattfinden. Bedrohungsszenarien müssen klar kommuniziert und das Thema Sicherheitspolitik gesellschaftsfähig gemacht werden. Nicht nur in Deutschland fehlt es elementar an einer strategischen Kultur; die gesellschaftliche Partizipation in verteidigungspolitischen Fragen ist europaweit größtenteils nur rudimentär vorhanden. Genau hier können wir von unseren Partnern lernen. Länder wie Litauen haben eine ausgeprägte strategische Kultur und ein hohes Bildungsniveau in puncto Sicherheit und Verteidigung. Ein entsprechender Zusammenschluss liberaler Demokratien zur Förderung nationalstaatlicher strategischer Kultur steigert die gesellschaftliche Resilienz, die Effizienz in der Umsetzung der mentalen Zeitenwende und das Zusammen- und Zugehörigkeitsgefühl teilnehmender Staaten.

Gleichzeitig muss unmittelbar in die Ausrüstung und Modernisierung nationaler Armeen investiert werden. In direkter Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben fast alle europäischen Staaten eine Erhöhung ihres Wehretats angekündigt. Deutschland hat ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro verabschiedet und im Grundgesetz verankert, der kontinuierliche Anstieg des Verteidigungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes – eine NATO-Vorgabe – ist noch nicht verstetigt. Auch hier müssen sich Allianzen liberaler Demokratien finden, die gemeinsam an einem Strang ziehen. Deutschland kommt in vielen Dingen eine Vorreiterrolle zu. Das Zwei-Prozent-Ziel wurde bereits im Bündnis festgelegt und gemeinschaftlich beschlossen. Dennoch war die Erreichung dieses Ziels bis dato in weiter Ferne. Liberale Demokratien müssen sich untereinander zusammenschließen und dieses Ziel oder ein entsprechendes



Äquivalent, dass sich in Verteidigungsfähigkeit widerspiegelt, erneut gemeinsam beschließen. Allianzen innerhalb einer Allianz sind weder kontraproduktiv, noch redundant, solange sie nicht exklusiv sind. Im Gegenteil kann auf diesem Weg eine Vorreiterrolle tatsächlich entstehen.

### **Sicherheitspolitik europäisch**

Nur gemeinsam sind wir stark. Kurz-, mittel- und langfristig ist es höchst unrealistisch, die Sicherheit unserer liberalen Demokratien nationalstaatlich zu lösen. Auf europäischer Ebene wurden durch die sogenannten EU-Verteidigungsinitiativen PESCO, CARD und EVF bereits die richtigen Anstöße gegeben. Frankreich hat parallel dazu die Europäische Interventionsinitiative ins Leben gerufen, ein Instrument, das außerhalb der EU-Strukturen die enge Zusammenarbeit europäischer Staaten in operativen Fragen begünstigt (Zandee,/ Kruijver 2019). Diese "Koalition von Willigen" steht nach wie vor in der Kritik, als Projekt in Konkurrenz zu EU-Instrumenten zu stehen. Gleichzeitig hat spätestens der russische Angriff auf die Ukraine gezeigt, dass wir dringend schnellere Entscheidungskanäle benötigen und kleinere Formate innerhalb der EU hilfreich sein können. Die EU hat bewiesen, angesichts einer imminnten Krise schnell handlungsfähig zu sein. Umfangreiche Sanktionen gegen Russland und die gemeinsame Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine durch die sogenannte European Peace Facility sind zwei prominente Beispiele. Um eine schnelle Reaktionszeit auch bei weniger eindeutigen Lagebild zu gewährleisten, müssen wir Bürokratieabbau voranbringen und Verantwortlichkeiten ähnlich wie bei dem NATO-Rahmennationenkonzept verteilen.

### **NATO und Abschreckung**

Zusätzliche Investitionen zur Erhöhung der eigenen Wehrfähigkeit sind weder eine Form der Aufrüstung noch leiten sie ein Wettrüsten ein. Diesem Narrativ gilt es entgegen zu wirken. Weltweite nukleare Abrüstung muss nach wie vor Grundprinzip aller Anstrengungen sein. Das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt muss dafür allerdings realistischen Analysen unterzogen werden. Würde Russland aufgrund seiner Nukleardrohungen die westliche Unterstützung für die Ukraine verhindern und damit die Ukraine mit konventionellen Fähigkeiten annektieren, wären die Anreize für nukleare Nicht-Verbreitung oder gar Abrüstung global schlagartig vom Tisch. Das Konzept der konventionellen und nuklearen Abschreckung muss weiterentwickelt und nicht nur auf den europäischen Kontext, sondern global gedacht werden. Weltweit müssen demokratische Staaten und solche, die sich zu liberalen Demokratien entwickeln, noch enger zusammenarbeiten und gemeinsame übergeordnete Ziele ausarbeiten. Dazu zählt eine neu zu bewertende konventionelle und nukleare Abschreckungspolitik, eine abgestimmte China- und Russland-Politik ebenso wie ein abgestimmter Rahmen in der Zusammenarbeit mit der Türkei unter Präsident Erdoğan. Geopolitische Zusammenhänge und Machtpositionierungen werden in Europa nach wie vor viel zu naiv betrachtet. Eine realpolitische Sicherheitspolitik muss Machtinteressen und existierende geostrategische Kooperationen erkennen und strategisch für sich verarbeiten.

Um im globalen Systemwettbewerb zu bestehen, müssen wir klarer Ziele definieren, nicht nur auf den europäischen und transatlantischen Kontext bezogen, sondern weltweit – insbesondere dem sogenannten Indo-Pazifik.

### **Allianz liberaler Demokratien im Indo-Pazifik und Beyond**

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt eine Zäsur für die europäische Sicherheitspolitik dar. Außen-, sicherheits-, wirtschafts- und verteidigungspolitisch muss sich Europa völlig neu ausrichten. Kurz- und mittelfristig kann Sicherheit in Europa nicht mit, sondern nur gegen Russland gewährleistet werden. Das wird nichts an den geopolitischen Machtinteressen anderer autoritärer Regime ändern. Systemrivalitäten im indo-pazifischen Raum und die massive Expansionspolitik Chinas werden weiterhin die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und den Anrainerstaaten des Indo-Pazifik dominieren. Auch Deutschland und Europa müssen ihre außenpolitischen Ziele, insbesondere ihre China-Politik, klar definieren. Die Leitlinien Deutschlands und die EU Strategie für Kooperation im Indo-Pazifik sind ein guter Anfang. Sicherheitspolitisch ist die Anbindung und Eingliederung in bestehende Allianzen demokratischer Staaten und die engere Kooperation mit Ländern wie Australien, Japan und Südkorea entscheidend – nicht zuletzt, um Kräfte zu verteilen und ein starkes Bündnis liberaler Demokratien abzubilden. Das kann durch verstärkten militärischen Austausch, engerer Rüstungskoperationen und engerer Handelsbeziehungen erfolgen.

# 7. Transatlantischer Einsatz für liberale Demokratie

*Michael Link MdB*

Der transatlantische Raum steht wie kein anderer für die Entwicklung der philosophischen Grundlagen und Grundprinzipien der Demokratie. Hier wurde vom alten Griechenland angefangen über italienische Stadtrepubliken und britische Magna Charta bis hin zur amerikanischen und französischen Revolution sowie der ersten Konstitutionalisierung von Menschen- und Bürgerrechten in Polen, Frankreich und den Vereinigten Staaten entscheidend geprägt, was noch heute den Kern liberaler Demokratie ausmacht. Das hier Errungene war jedoch nicht geografisch auf den Westen begrenzt, es war und ist in seinem Anspruch universell. Die Entwicklungen waren und sind keineswegs linear. In Europa und gerade hier in Deutschland wissen wir, dass die liberale Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Es ist den Amerikanern zu verdanken, dass sie nach 1945 durch massive finanzielle und ideelle Wiederaufbauhilfe der Demokratie in Europa zu neuer Blüte verholfen haben.

Mit der friedlichen Revolution von 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sahen manche bereits das „Ende der Geschichte“ eingeläutet und die liberale Demokratie weltweit als konkurrenzloses Erfolgsmodell. Die Phase war von kurzer Dauer und schnell wurde klar, dass unsere Demokratien vor neue Herausforderungen gestellt wurden. Externe Angriffe und neue interne Bedrohungen aus vielen und teils unerwarteten Richtungen drängten auf die Tagesordnung. Es stellt sich die Frage: Was können wir transatlantisch für die liberale Demokratie tun?

Zunächst ein genauerer Blick auf die aktuellen Herausforderungen. Wir sind in eine Phase eingetreten, in der autoritäre Staaten, insbesondere China und Russland, ihr Modell in klarer Konkurrenz zu unserer demokratischen Verfasstheit stellen. Präsident Biden hat dies auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2021 wie folgt formuliert: „Wir befinden uns an einem Wendepunkt zwischen denjenigen, die argumentieren, dass Autokratie angesichts der vielen Herausforderungen, vor denen wir stehen – von der vierten industriellen Revolution bis hin zu einer globalen Pandemie –, der beste Weg in die Zukunft ist, und denjenigen, die verstehen, dass Demokratie für die Bewältigung dieser Herausforderungen unverzichtbar ist.“ Dass die Demokratien weltweit unter Druck geraten sind, belegt auch der Bertelsmann Transformationsindex. Erstmals seit 2004 weist dieser 2022 mehr autokratische als demokratische Staaten: von 137 untersuchten Ländern sind nur 67 Demokratien, 70 hingegen Autokratien. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die damit einhergehenden Völker- und Menschenrechtsverletzungen, gedeckt durch Pekings gegen den Westen gerichtetes, zynisches gewähren lassen, hat diese Konkurrenz endgültig zur Bedrohung der internationalen Ordnung und ihrer Rechtsprinzipien anwachsen lassen.

Die letzten Jahre haben zudem gezeigt, dass Autokratien auch direkt versuchen, auf demokratische Prozesse einzuwirken. Mit den Hacks des Bundestags 2015 und der russischen Versuche der Beeinflussung, z.B. der US-Wahlen von 2016, wurde uns deutlich die Bedrohungslage für zentrale Verfassungsgüter aufgezeigt. Wenn Verfassungsorgane, Parteien oder Wahlkampagnen Opfer von Angriffen werden, müssen die Alarmglocken aller Demokratinnen und Demokraten schrillen.

Hinzu kommen Desinformationskampagnen, die auf freie Meinungsbildungsprozesse der (Wahl-)Bevölkerung gerichtet sind. Die Veränderung der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien, z.B. die großen sozialen Netzwerkplattformen wie Facebook und Twitter aber auch in Onlineforen wie 4chan und reddit oder verschlüsselten Chatprogrammen (Telegram, Signal) macht es einfacher denn je, Desinformation zu streuen. Die Bandbreite der Inhalte reicht von populistischer Verkürzung über eklatante Unwahrheiten – zum Teil durch neue technische Möglichkeiten der sog. „deep fakes“ gehebelt – bis hin zu Hassrede. Die Echokammern, in denen extreme Positionen gegenseitig anerkannt und durch neue Falschinformation bestätigt werden, sorgen für eine stärkere Polarisierung des Diskurses und einer Verhärtung der Positionen.

Neben diesen von außen kommenden Bedrohungen haben der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 erneut in extremis gezeigt, welches inhaltliche Radikalisierungspotential auch innerhalb unserer demokratischen Gesellschaften angelegt ist und wie stark dieses von Populisten befeuert werden kann.

All diese Bedrohungen betreffen unsere in Wohlstand und Freiheit sehr ähnlichen Gesellschaften Europas und Nordamerikas in vergleichbarer Weise. Auf die von technologische Neuerungen und von böswilligen Absichten getragenen Prozesse müssen wir uns einstellen und unsere Resilienz stärken.

An vier Themenbereichen möchte ich beispielhaft aufzeigen, was wir als transatlantische Partner zur Stärkung und Verteidigung unserer liberalen Gesellschaftsordnung beitragen können.

Erstens müssen Demokratien in ihrer Außenpolitik noch stärker miteinander kooperieren, um ihre Stabilität zu fördern und für multilaterale Kooperation, die Prinzipien des Völkerrechts und demokratische Grundrechte einzutreten. Mit dem sog. „Gipfel für Demokratie“ hat U.S.-Präsident Joe Biden 2021 eine globale Plattform initiiert, auf der sich Demokratien zu ihren Erfahrungen und Ansätzen, die verantwortliche und transparente Institutionen ermöglichen, austauschen können. Darüber hinaus wurden in diesem Rahmen konkrete Maßnahmen angestoßen, die die demokratische Resilienz steigern. Mit

state building und Demokratieförderung in jungen Demokratien und Regimen im Transformationsprozess können wir einen wichtigen Beitrag zu Demokratisierung, Minderheitenschutz, resilienteren Institutionen und weniger Korruption leisten. Dies ist aus europäischer Perspektive umso wichtiger in unserer Nachbarschaft, nämlich den potentiellen EU-Beitrittskandidaten auf dem Westbalkan, der Ukraine, Moldau und Georgien. Hier müssen die Potentiale des europäischen Integrationsprozesses genutzt werden.

Zweitens muss sich unsere Wirtschafts- und Handelspolitik darauf ausrichten, dass zuverlässige Handelspartner gesucht werden, die unsere Werte teilen. Immer komplexere, globale Lieferketten bergen das Risiko, dass wir uns durch Länder erpressbar machen, von denen wir mittel- und langfristig nicht abhängig sein sollten. Deren politisch beeinflussten Großunternehmen dominieren bereits einzelne Glieder der Lieferkette, vor allem hinsichtlich der Rohstoffgewinnung, Energieversorgung, Produktion und Fertigung. Mit den USA und Kanada stehen uns wirtschaftlich starke Bündnispartner zur Seite, mit denen wir gemeinsam Lösungen suchen können. Erste Schritte sind bereits gegangen worden, indem wir mit dem Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) ein Freihandelsabkommen geschaffen haben, das uns neue, einfache Zugänge zum kanadischen Wirtschaftsraum gibt. Nun gilt es die Ratifikation von CETA abzuschließen und zu zeigen, dass Handel unter Wertepartnern gerade im Bereich Energie und kritischen Mineralien dringend notwendige Perspektiven zur Lösung aus gefährlichen Abhängigkeitsverhältnissen bietet. Ein weiterer Meilenstein ist das Trade and Technology Council (TTC) der EU mit den USA, das als diplomatisches Forum Technologie als zentralen Wirtschaftszweig mit Weitblick fördert, wettbewerbsfähig hält und neue gemeinsame Standards setzt. Die jüngst im TTC verhandelten, geeinten Reaktionen auf den russischen Angriff auf die Ukraine zeigen das Potential dieses transatlantischen Forums.

Drittens sehe ich Bildung als zentrales Feld der transatlantischen Kooperationspotentiale. Bürgerliche Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung stellen das Rückgrat aller Demokratien dar, während wirtschaftlicher Wohlstand ihre Stabilität stützt. Für eine lebendige Demokratie braucht es darüber hinaus einen Beteiligungs- und Gestaltungswillen und die entsprechenden Fähigkeiten einer mündigen Bürgerschaft. Denn nur eine Bevölkerung, die die Funktionsweise ihres Gesellschaftssystems kennt, kann den politischen Akteuren das nötige Vertrauen zur Führung ihres jeweiligen Landes entgegenbringen und selbst Verantwortung übernehmen. Gesellschaftliche Resilienz gegenüber Fake News und fremder Einflussnahme fußt darauf, dass Bürgerinnen und Bürger selbstständig und eigenverantwortlich Informationen einordnen und prüfen können. Die vielfältigen Einrichtungen der politischen Bildung auf beiden Seiten des Atlantiks stellen die Werkzeuge bereit, mit denen offene Gesellschaften ihre Verletzlichkeiten minimieren können. Die politischen Stiftungen in Deutschland, darunter die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, haben gezeigt, welchen wichtigen Beitrag sie in diesem Bereich seit Jahrzehnten leisten. Da, wie eingangs erwähnt, Deutschland, die USA

und Kanada ähnlichen Problemen der Falschinformation gegenüberstehen lohnt sich hier die Kooperation.

Viertens birgt unsere Digitalpolitik große Chancen für demokratiefördernde Kooperationen. Im Rahmen der G7 arbeitet Deutschland zusammen mit seinen Partnern bereits an Möglichkeiten des sicheren Datenaustauschs und mehr Cybersicherheit. Für die Demokratie von zentraler Bedeutung ist die ungesunde Polarisierung, die in digitalen Medien befeuert wird. Mehrere Ansätze können diesen Effekt mindern, um einen ausgeglichenen Diskurs der demokratischen politischen Mitte zu ermöglichen. Zunächst benötigen wir mehr digitale Kompetenz, generationenübergreifend und für Menschen aller Herkunft gleichermaßen. Das knüpft nahtlos an die obige Forderung nach mehr transatlantischem Erfahrungsaustausch im Bildungsbereich an. Weiterhin müssen die Anbieter der Social Media Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, um algorithmischen Echokammern vorzubeugen und Desinformation und Hassrede effizient zu bekämpfen. Da diese Unternehmen in der Regel amerikanischen Ursprungs sind, ist die Koordination mit den USA an dieser Stelle zentral.

In allen vier Handlungsfeldern und ihren Schnittmengen liegen enorme Potentiale für die westlichen Demokratien. Unsere historischen Gemeinsamkeiten und die bereits enge Vernetzung bilden das ideale Fundament für die transatlantische Kooperation mit dem Ziel einer inklusiven, zeitgemäßen liberalen Demokratie.

Deutschland, die Vereinigten Staaten und Kanada nehmen eine Vorbildrolle ein, um die Handlungsfähigkeit demokratischer Ordnungen und ihren umfassenden gesellschaftlichen Mehrwert weltweit sichtbar zu machen. Zur Erreichung dieses Ziels müssen demokratiefeindlichen Narrative und destruktiven Bildern der Autokratien optimistische und glaubwürdige Erzählungen demokratischer Errungenschaften entgegengesetzt werden. Wenn wir als Demokratinnen und Demokraten auf beiden Seiten des Atlantiks zusammenstehen haben wir genug Potential und Material für ein solches Narrativ.

# 8. Epilog: Demokratie ist eine Hausaufgabe

*Dr. Christopher Gohl*

Liberalen Demokratien sind im vierfachen Stresstest: Sie werden bedroht von Systemfeinden von außen - darum dieses Impulspapier. Zugleich werden sie polarisiert von innen. Und sie werden herausgefordert durch Megatrends wie den Wandel von Klima, Demographie und Digitalisierung. Die vierte Front ist hausgemacht: Die Versäumnisse liberalen Denkens wie liberaler Politik, sich den Bedingungen freiheitlichen Zusammenlebens wieder intensiv zu widmen. Indem wir diese Versäumnisse aufarbeiten, können wir aber auch damit beginnen, liberale Demokratien wieder von Grund auf zu ertüchtigen. Wir sollten uns dafür auf die große Stärke liberaler Systeme besinnen: Ihre Lernfähigkeit.

Wer den ökologischen Klimawandel in Frieden bewältigen will, muss zunächst den öffentlichen Klimawandel stoppen. Unsere Demokratie heizt sich auf. Drei Erklärungsansätze sind geläufig: soziale und wirtschaftliche Ängste, politische Enttäuschungen sowie kulturelle Spaltungsprozesse. Ihnen gemeinsam ist, dass antiliberalen Angebote des Rückschritts von rechts und links dort besonders attraktiv erscheinen, wo der liberale Fortschritt ausbleibt. Er lebt von den Stärken der liberalen Demokratie als Praxis der Freiheit: Von der Herrschaft des Rechts und kultureller Offenheit, von politischer Mitsprache und Reformkraft, von sozialen Aufstiegs- und ökonomischen Teilhabe-Chancen im fairen wirtschaftlichen Wettbewerb.

## **Der Motor des Fortschritts stottert**

Aber diese Stärken erlahmen seit längerem. Der Motor des Fortschritts stottert. Das befördert Verunsicherung, diese wiederum den anhaltenden Vertrauensverlust in die Demokratie. In schwierigen Zeiten werden einfache Lösungen attraktiv. Zwar sind linksradikale und rechtsextreme Parteien bei den letzten Bundestagswahlen kleiner geworden. Aber in welchem Maße die Extreme von links und rechts das vernünftige Maß der demokratischen Mitte bedrängen und verachten, wird in den Reaktionen auf den Angriffskrieg des autokratischen Menschheitsverbrechers Putin auf die Ukraine deutlich. Zur Polarisierung und Realitätsflucht tragen Soziale Medien mit Geschäftsmodellen bei, die Emotionalisierung, Gruppen- und Schwarzweiß-denken befördern. Dass man Moralisierung, Identitätspolitik, Ängste und Konflikte gut bewirtschaften kann, nutzen leider aber auch Medien wie die liberale „Welt“ oder die Berliner Redaktion der NZZ.

Die innere Polarisierung ist Zeichen einer Zeit großer Veränderungen. Das Versprechen der liberalen Demokratien Europas, Frieden, Freiheit und Wohlstand dauerhaft miteinander vereinen zu können, wird nicht nur im Systemwettbewerb mit autoritären Staaten wie China und Russland untergraben. Sondern auch der Wandel von Klima, Demographie und Digitalisierung bringt gewaltige Umbrüche und neue Verteilungskämpfe mit sich. Das Potenzial für Verwerfungen und weitere Polarisierung wächst.

## **Aufgaben für Liberale**

Es ist das historische Verdienst der Liberalen, Bedingungen für vernünftige freiheitliche Politik zu gewährleisten. Aber heute kümmern wir uns viel zu wenig um die Weiterentwicklung der liberalen Demokratie. Wo bleibt die liberale Sorge um die Institutionen, die Verfahren, die Kultur und das Personal der politischen Freiheitsordnung? Warum etablieren Liberale nicht das Politikfeld und Programm liberaler Demokratiepoltik? Eine Antwort ist vielleicht, dass der Liberalismus zu häufig hauptsächlich aus dem Geist des Individualismus verstanden wird. Das öffnet leider auch die Tore für den Egoismus der Starken, wenn „Deine negative Freiheit, keine politischen, sozialen oder kulturellen Zumutungen erleben zu müssen“ die Wahrnehmung des politischen Angebots prägt. So sind aber weder freiheitliches Zusammenleben noch staatliche Verantwortung zu haben, ist Demokratie nicht zu machen.

Um dauerhaft gelingender individueller Freiheiten willen brauchen wir auch liberalen Institutionalismus und Republikanismus. Also: Ein intensives Interesse an den Bedingungen freiheitlichen Zusammenlebens. Es gehört nach Karl Popper doch zu den Paradoxien der Freiheit, dass ihr unregulierter Gebrauch zu ihrer Abschaffung führen kann. Wir institutionalisieren und kultivieren Freiheit deshalb in Formen, die ihr Dauer geben. Zudem geht es im Ordoliberalismus oder in den sozialen und politischen Traditionen des Liberalismus immer darum, Freiheiten sinnvoll zu strukturieren. Zum Beispiel in konkreten Freiheitsrechten; in Formen freiheitlichen Miteinanders wie dem fairen Wettbewerb oder dem Streit nach Regeln; oder in Lebenschancen. Letztere entstehen, daran erinnert uns Ralf Dahrendorf, im lebensweltlichen Zusammenspiel zwischen Optionen und Ligaturen. Dass jeder Mensch solche Freiheiten erfahren kann, ja: dass wertvolle Freiheiten für alle auf Dauer gelingen, ist eine voraussetzungsreiche, stets gefährdete Errungenschaft. Die dafür notwendigen Einrichtungen gehören, das hat uns die Philosophin Sabine Döring kürzlich ins Stammbuch geschrieben, zum liberalen Begriff des Gemeinwohls.

## **Aufgaben liberaler Demokratiepoltik**

Ein Liberalismus, der den Fortbestand liberaler Demokratien gewährleisten will, muss sich also für die Bedingungen freiheitlichen Zusammenlebens interessieren. Nach Theodor Heuss ist die Demokratie eine Lebensform friedlichen und freiwilligen Zusammenlebens. Wir müssen sie kultivieren. Ebenso müssen wir uns um Demokratie als Regierungsform kümmern: um die Kunst geteilten Machtgebrauchs und gemeinsamen Regierens auf Zeit. Das alles im Rahmen einer modernisierten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die nicht nur den Verfassungsschutz, sondern auch das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive sowie zwischen Kommunen, Ländern und Bund organisiert. Das ist Demokratie als Herrschaftsform.

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung steckt schon eine großartige und ehrgeizige demokratiepolitische Agenda. Dazu gehören Wahlrechts- und Parlamentsreformen, Initiativen zur Transparenz und Qualität der Gesetzgebung, die Stärkung entschuldeter, experimentierfreudiger Kommunen im Sinne der Neuen Leipzig-Charta, leistungsfähiger Föderalismus, digitale Bürgerrechte, die Regulierung digitaler Plattformen, ausgebauter Beteiligung der Bürgerschaft, politische Bildung, eine neue „nationale Engagementstrategie“, Entbürokratisierung und Entlastung des Ehrenamts. Und noch so viel mehr!

„Demokratiepolitik“, das war ein Vorschlag von Hildegard Hamm-Brücher für ein überfälliges Politikfeld. Da ist sie. Oder: Wäre sie, denn sie findet ja öffentlich und bei uns Liberalen zu wenig statt, wird weder erzählt noch systematisch weiterentwickelt. Dabei wäre es so einfach. Es gilt die Faustregel: Chancen-Programme für Gründerinnen oder kleine und mittlere Unternehmen kann man in der Regel von der Wirtschaft auf die Bürgerschaft übertragen. Analog zu den Lernprozessen fairen Wettbewerbs in Wirtschaft gälte es, die Lernprozesse öffentlichen Zusammenwirkens der Bürgerschaft zu entfesseln. Wo Demokratie solchermaßen als Praxis von offenen Such-, Lern- und Entscheidungsprozessen verstanden wird, führt verantworteter Freiheitsgebrauch dann auch zu nachhaltiger Entwicklung. So könnten die Umbrüche in der Klimapolitik zugleich zu lokalen Aufbrüchen machen.

### **Leitbild Lernende Demokratie?**

Analog zum „liberalen Rechtsstaat“ und der „Sozialen Marktwirtschaft“ wäre die „lernende Demokratie“ ein gutes liberales Leitbild. Denn Demokratie ist doch, hier der Wissenschaft verwandt, ein dezentraler Raum für Ideen und Initiativen, für Experimente und Innovationen. Ein Raum der Lernprozesse durch Feedback-Loops, in der Kritik aus vielen Perspektiven zur kreativen Korrektur führen kann – wie man das aus guter Programmarbeit liberaler Parteien weltweit kennt.

Jenseits des Systemwettbewerbs ist die Demokratie eben auch eine Hausaufgabe. Liberalismus wie liberale Demokratie beginnen seit jeher ihre stete Erneuerung, ihre Updates oder ihre Modernisierung mit Selbstkritik. Und mit einem Begriff verantworteter Freiheit, der weiß: Freiheit ist mehr als Verteidigung des Status Quo von Freiheitsrechten – sie bewährt sich dauerhaft in den (und entsteht sogar erst durch die) vielen Formen freiheitlichen, chancenreichen und friedlichen Zusammenlebens, die unsere liberale Demokratie so stark und widerstandsfähig, so vielfältig wie fortschrittlich machen. Dafür müssen wir Sorge tragen: Mit liberaler Demokratiepolitik!

# Literatur

**Bertuzzi, L. (2022)** China, Russia prepare new push for state-controlled internet. Verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/digital/news/china-russia-prepare-new-push-for-state-controlled-internet/> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Bradford, A. (2020)** The Brussels Effect: How the European Union Rules the World. Oxford: Oxford University Press.

**Bullough, O. (2022)** Butler to the World: How Britain became the servant of tycoons, tax dodgers, kleptocrats and criminals. London: Profile Books Ltd.

**Burgis, T (2020)** Kleptopia: How Dirty Money Is Conquering the World. New York: Harper.

**Diamond, L. (2021)** Democratic regression in comparative perspective: scope, methods, and causes. Democratization, 28(1).

**Dukalskis, A. (2021)** Making the World Safe for Dictatorship. Oxford: Oxford University Press.

**Feldstein, S. (2022)** Government Internet Shutdowns are Changing. How Should Citizens and Democracies Respond? Verfügbar unter: <https://carnegieendowment.org/2022/03/31/government-internet-shutdowns-are-changing-how-should-citizens-and-democracies-respond-pub-86687> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Friedrich-Naumann-Stiftung (2021)** Human Rights Defenders. Verfügbar unter: <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1113> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Hamilton, C. & Ohlberg, M. (2020)** Die lautlose Eroberung: Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. München: DVA.

**Hilgers, S. & Greilich, K. (2022)** Vier Wellen digitaler Währungen und die Zukunft des Geldes. Policy Paper. Verfügbar unter: <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1171> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**International Court of Justice (2022)** The Gambia v. Myanmar, Press release 2022/5. Verfügbar unter: <https://www.icj-cij.org/en/case/178> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Ikenberry, G. J. (2020)** A world safe for democracy: Liberal internationalism and the crises of global order. New Haven: Yale University Press.

**Michel, C. (2021)** American Kleptocracy How the U.S. Created the World's Greatest Money Laundering Scheme in History. New York: St. Martin's Press.

**Morgus, R., Woolbright, J. & Sherman, J. (2018)** The Digital Deciders. Verfügbar unter: <https://www.newamerica.org/cybersecurity-initiative/reports/digital-deciders/> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022)

**Klement, J. (2021)** Geo-Economics: The Interplay between Geopolitics, Economics, and Investments. CFA Institute Research Foundation. Verfügbar unter: <https://www.cfainstitute.org/en/research/foundation/2021/geo-economics> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Kurlantzick, J. (2016)** State Capitalism How the Return of Statism is Transforming the World. Oxford: Oxford University Press.

**Power, S. (2021)** The can-do power: America's advantage and Biden's chance. Foreign Affairs, 100(1).

**Repucci, S., Slipowitz, A. (2022)** The Global Expansion of Authoritarian Rule, in: Freedom House, Freedom in the World 2022.

**Sahin, K. (2022a)** Cyber-Kapazitäts-Aufbau und strategisches Engagement in Afrika. Policy Paper. Verfügbar unter: <https://www.freiheit.org/de/deutschland/cyber-kapazitaets-aufbau-und-strategisches-engagement-afrika> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Sahin, K. (2022b)** Außenpolitische Digitalstrategien. Internationale Erfahrungen, nationale Formate. SWP-Aktuell, Nr. 27. Verfügbar unter: [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A27\\_Digitalstrategien.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A27_Digitalstrategien.pdf) (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Shikwati, J., Adero, N. & Juma, J. (2022)** The Clash of Systems? African Perceptions of the European Union and China Engagement. Policy Paper. Verfügbar unter: <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1278> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Sommer, T. (2019)** China First - Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert. München: C.H. Beck.

**Souter, D. (2021)** Inside the Digital Society: Eight challenges for internet governance. Verfügbar unter: <https://www.apc.org/en/blog/inside-digital-society-eight-challenges-internet-governance> (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).



**Voelsen, D. (2019)** Das Internet Governance Forum auf dem Prüfstand. Warum ein offenes Format wie das IGF auch in Zukunft wertvoll bleibt. SWP-Aktuell, Nr. 59. Verfügbar unter: [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2019A59\\_job.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2019A59_job.pdf) (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Zandee, D. & Kruijver, K. (2019)** The European Intervention Initiative. Developing a shared strategic culture for European defence. Clingendael Report. Verfügbar unter: [https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-09/The\\_European\\_Intervention\\_2019.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-09/The_European_Intervention_2019.pdf) (Zuletzt abgerufen am 23.06.2022).

**Zarate, J. (2013)** Treasury's war: The unleashing of a new era of financial warfare. New York: PublicAffairs

## Autorinnen- und Autorenverzeichnis

**Dr. Christopher Gohl**, Koordinator Lehre am Weltethos-Institut an der Universität Tübingen

**Sven Hilgers**, Themenmanager Globalisierung, Freihandel und Marktwirtschaft in der Abteilung Globale Themen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**, Stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Bundesministerin a.D.

**Michael Link MdB**, Koordinator der Bundesregierung für die Transatlantische Zusammenarbeit

**Dr. Michaela Lissowsky**, Leiterin der Abteilung Globale Themen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

**Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué**, Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. Internationale Wirtschaft, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

**Ann Cathrin Riedel**, Themenmanagerin Globale Digitalisierung & Innovation in der Abteilung Globale Themen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

**Johannes Vogel MdB**, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP Bundestagsfraktion

**Theresa Caroline Winter**, Themenmanagerin Vernetzte Sicherheit & Verteidigungspolitik in der Abteilung Globale Themen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

